

BANGLADESCH-CHRONIK

Menschenrechte:

(siehe auch: Todesstrafe, Innere Sicherheit, Deutsch-Bangladeschische Beziehungen)

Bangladesch steht seit Mitte Januar 2007 unter einer Notstandsgesetzgebung. Damit ist eine Vielzahl von Schutzrechten außer Kraft gesetzt. Mehr dazu auch in den einzelnen Kapiteln dieser Chronik sowie in den Texten im Anhang.

11. und 14. Januar Das Jahr 2006 war das tödlichste für Arbeiter, ganz besonders in der Industrie und im Haushalt. Mindestens 974 Menschen starben, 3650 wurden verletzt und 48 waren sexueller Gewalt ausgesetzt. Das Bangladesh Institute of Labour Studies (BILS) bringt jährlich einen Bericht heraus, der auf Berichten in Zeitungen beruht. Im Jahr 2005 waren es 480 Tote, 950 Verletzte und 35 sexuell Missbrauchte, 2004 lagen die Zahlen bei 188, 259 und 57. Im Jahr 2006 starben 502 Fischer auf See und 15 000 wurden verletzt. Der zweitgefährlichste Sektor war die Textilindustrie mit 141 Toten – hauptsächlich durch Fabrikunfälle - 1578 Verletzten und 31 missbrauchten Arbeiterinnen, von denen vier starben. Bei den Konstruktionsarbeitern starben 107, 195 wurden verletzt. Bei den Hausangestellten starben 35 durch Gewalt seitens des Arbeitgebers, 31 wurden schwer verletzt und 13 waren sexueller Gewalt ausgesetzt. Es gibt keine offizielle Statistik über Arbeitsunfälle. Das BILS ist die einzige Organisation, die sich mit Arbeitsunfällen beschäftigt. Da die sie ausschließlich Informationen aus Zeitungsberichten nimmt – etwas anderes steht nicht zur Verfügung – sind die Informationen sehr unvollständig. Gewalt gegenüber Hausangestellten nimmt zu. In der Regel sind es wohl gebildete und gut situierte Personen, die die Taten begehen. Obwohl in einigen Fällen Arbeitgeber in Haft kamen, ist unbekannt, ob sie bestraft wurden oder schnell wieder in Freiheit waren.
12. Januar 2007 Unter den Bedingungen des nationalen Notstandes sind in Bangladesch jedwede politischen und gewerkschaftlichen Aktivitäten verboten. Auch Demonstrationen sowie die Verbreitung „provokierender“ Nachrichten sind ebenfalls untersagt.
20. Januar 2007 Die neue Übergangsregierung verbietet den Kleinhandel auf Straßen und Bürgersteigen. Betroffen sind vor allem Dhaka und Chittagong. Die Händlerinnen und Händler kommen in der Regel aus ländlichen Gebieten, in denen sie für sich keine Lebensmöglichkeit sehen.
27. Januar 2007 Shahidul Islam, Gründungsmitglied und Direktor der Nichtregierungsorganisation Uttaran, die sich in Satkhira an der Südwestküste Bangladeschs für die Kas-Bewohner einsetzt, wird in dem Dorf Mobarakpur im Tala Upazila von Soldaten verhaftet. Einen Haftbefehl gibt es nicht. Mit verbundenen Augen, die Hände auf den Rücken gefesselt, wird er brutal geschlagen. Zeugen hören außerhalb des Uttaran-Schulgebäudes, wo dies stattfindet, seine Schreie. Zwei Ärzte verschaffen sich Zugang und retten so möglicherweise sein Leben. Shahidul Islam wird anschließend auf eine Polizeiwache gebracht und einen Monat lang unter Berufung auf den Special Powers Act festgehalten. Eine interne

Untersuchung der Armee ergibt später, dass weder Shahidul Islam noch Uttaran Waffen besitzen, Kontakte zu Terroristen unterhielten oder illegale Finanzgeschäfte tätigten. Als er frei kommen soll, wird er stattdessen Wochen später beschuldigt, in einen lange zurück liegenden Mordfall an einem BNP-Mitglied involviert gewesen zu sein. Bekannte Rechtsanwälte, darunter Sarah Hossain, nehmen sich des Falls an. Trotzdem wird Shahidul Islam am 11. März die Freilassung auf Kaution verweigert.

29. Januar 2007 Durch die Vertreibungen im Auftrag der Regierung sind 100 000 Kleinhändler beschäftigungslos geworden. Mehr als 35 Millionen Menschen sind dadurch stark betroffen worden, da alle Familienmitglieder von dem Einkommen abhängen. Auch Menschen mit geringem Einkommen sind in Mitleidenschaft gezogen worden, da sie jetzt das Lebensnotwendige teurer einkaufen müssen.
1. Februar 2007 Nach Informationen der Menschenrechtsorganisation Odhikar wurden im Januar 32 Personen durch Polizei oder Sicherheitskräfte getötet. 16 der Menschen wurden vom Rapid Action Battalion getötet, neun durch Polizisten, fünf durch Armeeangehörige und zwei durch angegliederte Sicherheitskräfte. Für die Zahlen wurden elf nationale Zeitungen ausgewertet. Von den Opfern wurden 18 bei einem "Kreuzfeuer" getötet, fünf kamen durch Polizeifolter ums Leben, drei durch Folter der Armee, zwei starben nach der Verhaftung im Krankenhaus. Eine Person, die von angegliederten Sicherheitskräften verhaftet wurde, starb in Polizeihaft. Von den Opfern gehörten u.a. vier der BNP, drei der Awami League (AL), vier der Purba Banglar Communist Party (PBCP), fünf der Biplobi Communist Party, einer gehörte dem Ganamukti Fouj und einer dem Srammajibi Mukti Andolon an. Darüber hinaus starben acht Menschen in Haft, angeblich wegen Krankheit. Ein Polizist wurde durch einen Bombenanschlag getötet. 40 059 Personen wurden verhaftet, davon 36 250 im Zeitraum vom 12. bis zum 31. Januar. In Bangladesch gibt es elf Zentral- und 55 Distriktgefängnisse mit einer Kapazität von 27 227 Plätzen.
8. Februar 2007 40 prominente Bürger des Landes appellieren an die Übergangsregierung, Shahidul Islam, Exekutivdirektor der Entwicklungsorganisation Uttaran, freizulassen. Er ist am 27. Januar 2007 gefangen genommen worden.
11. Februar 2007 Die Regierung lässt illegal errichtete Slums räumen. Allein in Barisal verlieren 28 000 Bewohner das Dach über ihrem Kopf. NGOs protestieren, weil den Betroffenen keine Alternativen angeboten werden.
20. Februar 2007 Die Regierung will in Zusammenarbeit mit NGOs Slumbewohner, die durch Sicherheitskräfte vertrieben worden sind, sofort entschädigen. Das Projekt soll auf die Armen beschränkt sein. Allein in Dhaka wurden 50 000 Menschen aus 24 Slums vertrieben.
- Die Organisation Partnership of Woman in Action fordert, dass vertriebene Straßenhändler ein Drittel der Gehwege in Dhaka benutzen dürfen.
23. Februar 2007 Eine gemeinsame Einheit von Polizisten und Soldaten umringt das Haus des indigenen Aktivisten Ranglai Mro in Ujanai Para im Distrikt Bandarban. Sie nehmen ihn ohne Haftbefehl einfach fest. Begründet

wird dies mit dem Vorhandensein einer Waffe, die die Sicherheitskräfte nach Angaben von Verwandten jedoch vorher selbst im Haus platziert haben. Mro ist Geschäftsführer des Sualok Union Council.

4. März 2007 Der High Court ersucht die Regierung um eine Erklärung, warum sie keine Maßnahmen gegen die Inhaftierung von Kindern ergreift und warum das High Court-Urteil vom 9. April 2003, nach dem keine Kinder in Gefängnisse überstellt werden dürfen, nicht umgesetzt wird. Im Jahr 2006 wurden 1110 Kinder inhaftiert. Die Zahl steigt. Im März 2007 befinden sich 511 Kinder in 57 verschiedenen Haftanstalten.
18. März 2007 Cholesh Ritchil, Führer der indigenen Gruppe der Garos, wird am Nachmittag auf der Rückfahrt von Mymensingh zusammen mit drei weiteren Mitgliedern seiner Gruppe von einer Gruppe Soldaten und Polizisten festgenommen. Alle vier werden geschlagen und misshandelt. Cholesh Ritchil stirbt kurz vor oder nach der Einlieferung in ein Krankenhaus. Seine Leiche ist als Folge der schrecklichen Folter entstellt. Ein zweites Mitglied der Gruppe ist schwer, die anderen leichter verletzt. Tags darauf erklärt ein Sprecher des Militärs, Cholesh Ritchil sei eines natürlichen Todes gestorben. Zeugen weisen diese Darstellung zurück. Vermutlich musste der Aktivist sterben, weil er sich gegen den Bau einer Mauer in den Wäldern von Modhupur und die Einrichtung eines „Öko-Parks“ eingesetzt hatte. Als Folge dieses Öko-Parks müssten 25 000 Garos ihre Heimat verlassen.
29. März 2007 Regierung und NGOs wollen gemeinsam 60 000 Bewohner aus 29 Slums in Dhaka rehabilitieren. Die CUP, eine Plattform von 53 NGOs, welche sich für städtische Arme einsetzen, haben einen Entwurf erarbeitet und wollen Spender mobilisieren. Die Regierung will das notwendige Land zur Verfügung stellen (100 Acres) und die NGOs werden die Häuser bauen.
9. April 2007 Der achtjährige Faisal Ahmed Bappi muss weiter in Chittagong in einem Gefängnis leben. Die Notstandsgesetzgebung verbietet eine Freilassung auf Kautions. Der Achtjährige wird von einer Frau beschuldigt, ihre fünfjährige Tochter vergewaltigt zu haben.
1. Mai 2007 Der Journalist und Menschenrechtsverteidiger Tasnim Khalil wird um 1.30 Uhr in der Nacht von einer gemischten Polizei-/Armeeinheit verhaftet. Khalil arbeitet für die Zeitung „The Daily Star“ und für den US-Nachrichtensender CNN. Außerdem kooperierte er mit Human Rights Watch. amnesty international befürchtet, dass Khalil in der Haft gefoltert wird. Am späten Abend kommt er wieder frei.

Todesstrafe:

29. Januar 2007 In Moulvibazar wird ein Mann wegen Mordes zum Tode verurteilt. Er wird für schuldig befunden, am 19. Juni 2003 eine Nachbarin ermordet zu haben. Sie wurde getötet, da sie einer Liebesaffäre ihrer Tochter mit dem Angeklagten entgegengetreten war.
11. Februar 2007 Der Supreme Court trifft sich zu einer Sitzung, um Fehler, die bei den Todesurteilen gegen die sechs Mitglieder der JMB, Jamaatul Mujahidin of Bangladesh, aufgetreten sind, zu beheben. Das Gericht hat alle Gesuche der Verurteilten zur Berufung abgewiesen.

18. Februar 2007 Die sechs Mitglieder der JMB sollen am 28. März hingerichtet werden, nachdem die Gnadengesuche durch die Übergangsregierung abgewiesen wurden. Am Folgetag weist der Supreme Court eine Petition des Verurteilten Khaled Saifullah zurück.
21. Februar 2007 Ein Schnellgericht in Chittagong verurteilt einen Mann zum Tode. Er soll am 26. Juli 1999 seine Schwägerin umgebracht haben. Fünf weitere Familienmitglieder und eine Hausangestellte werden freigesprochen.
4. März 2007 Staatspräsident Iajuddin Ahmed lehnt ein Gnadengesuch der sechs zum Tode verurteilten Mitglieder der terroristischen Islamisten-Organisation Jamiat-ul-Mujahedin Bangladesh (JMB) ab. Damit können Shayek Abdur Rahman, Siddikul Islam („Bangla Bhai“) und die anderen jeden Augenblick hingerichtet werden. Der Rechtsweg war schon vorher ausgeschöpft worden.
20. März 2007 Ein Gericht in Thakurgaon verurteilt drei Angeklagte zum Tode. Eine Frau und ihre beiden Cousins werden für schuldig befunden, am 31. März 2005 in Haria Dakshipara auf ihren Ehemann eingestochen, ihn erdrosselt und an einen Baum gehängt zu haben, nachdem er von der Affäre seiner Frau zu einem ihrer Cousins erfahren hatte.
27. März 2007 amnesty international richtet einen weiteren Appell an Staatspräsident Iajuddin Ahmed, Shayek Abdur Rahman, Siddikul Islam („Bangla Bhai“) und vier weitere zum Tode verurteilte Mitglieder der terroristischen Islamisten-Organisation Jamiat-ul-Mujahedin Bangladesh (JMB) zu begnadigen.
- 21 weitere Mitglieder der JMB, die an einer Serie von Bombenanschlägen auf Einrichtungen der Justiz beteiligt gewesen sein sollen, werden von einem Gericht in Jhedina zum Tode verurteilt.
30. März 2007 Wegen der Ermordung von zwei Richtern am November 2005 in Jhalokhati im Süden des Landes und der Planung der landesweiten Bombenanschläge im August 2005 werden sechs Mitglieder der JMB in verschiedenen Gefängnissen des Landes hingerichtet. Bis auf Kazi Firoz Rashid, Präsidiumsmitglied der Jatiya-Partei, der sich nicht äußern möchte, begrüßen die Vertreter aller übrigen Parteien die Hinrichtung. amnesty international und andere Menschenrechtler hatten sich erfolglos für die Aufhebung des Todesurteils eingesetzt. Die JMB soll insgesamt 64 Menschen umgebracht haben.

Justiz/Urteile/Gefängnisse:

17. Januar 2007 Die Übergangsregierung erlässt ein Gesetz, das künftig die Unabhängigkeit der Justiz garantieren soll.
29. Januar 2007 In Sylhet wird ein Mann zu verschärfter lebenslanger Haft wegen Tötung seiner Tochter und der Verletzung seiner geschiedenen Frau und ihres Onkels verurteilt. Die Tat geschah am 10. April 2001 im Verlauf eines Familienstreits.

31. Januar 2007 Ein Gericht in Patuakhali verurteilt drei Männer zu lebenslanger Haft. Sie werden für schuldig befunden, am 21. Juli 2005 einen Jugendlichen ermordet zu haben. Zwei weitere Männer werden freigesprochen.
14. Februar 2007 In Khulna wird ein Mann zu lebenslanger verschärfter Haft und einer Geldstrafe von 10 000 Taka oder einem weiteren Jahr Haft verurteilt. Er wird schuldig gesprochen, am 12. Januar 2004 seinen Vater ermordet zu haben. Weitere Angeklagte werden freigesprochen.
20. März 2007 Das Berufungsgericht gegen die Mörder von Staatsgründer Scheich Mujibur Rahman ist nach der Ernennung von Richter M Hassan Ameen wieder in voller Besetzung. Damit kann das Berufungsverfahren, das seit August 2001 ruht, formal wieder beginnen.
26. März 2007 Zum 26. Jahrestag der Unabhängigkeit von Pakistan verkündet die Übergangsregierung die umfangreichste Amnestie in der Geschichte des Landes. Fast 4500 Häftlinge sollen auf freien Fuß gesetzt werden. Angeblich sind unter den Freigelassenen auch politische Aktivisten. Üblicherweise werden bei einer Amnestie nur etwa 300 bis 400 Gefangene freigelassen.

Innenpolitik:

- (siehe auch: Menschenrechte, Korruption, Medien)
4. Januar 2007 Die Opposition macht bekannt, dass sie die für den 22. Januar geplanten Parlamentswahlen boykottieren wird. Die Übergangsregierung könne nicht garantieren, dass die Wahlen frei und gerecht ablaufen, erklärte die frühere Ministerpräsidentin Scheich Hasina Wajed (Awami League, AL). Die Wählerliste soll 14 Millionen Falscheintragungen beinhalten. Seit dem Rücktritt der bisher regierenden Koalition aus Bangladesh Nationalist Party (BNP), Teilen der Jatiya Party sowie zwei religiösen Parteien haben Straßenkämpfe 45 Todesopfer gefordert.
6. Januar 2007 Eine neue politische Partei wird von der Bangladesh Hindu-Bouddha-Christian-Oikya Parisha gegründet. Sie soll den Sorgen und Ansichten der religiösen Minderheiten eine Stimme zu geben.
10. Januar 2007 Knapp zwei Wochen vor der Parlamentswahl mobilisiert die Übergangsregierung 60 000 Soldaten zur Sicherung des Urnengangs. (siehe „Militär“)
12. Januar 2007 Staatspräsident Iajuddin Ahmed tritt – vermutlich auf Druck der Militärs – von seinem Posten als Chef der Übergangsregierung zurück. Zugleich verhängt er den Ausnahmezustand. Jede politische Betätigung ist bis auf Weiteres verboten. Über Dhaka und 60 weitere Städte werden Ausgangsverbote verhängt. An strategisch wichtigen Punkten vor allem in der Hauptstadt werden Armee und das Rapid Action Battalion stationiert. Neuer Ministerpräsident wird Fakhruddin Ahmed. Am 12. Januar leistet der ehemalige Zentralbankgouverneur bereits seinen Amtseid. Die für 22. Januar vorgesehenen Wahlen werden abgesagt. Die Opposition hatte zuvor angekündigt, die Wahlen zu blockieren. Die internationalen Wahlbeobachter hatten erklärt, keine freien Wahlen mehr garantieren zu können. Ein neuer Wahltermin wird noch nicht genannt.

22. Januar 2007 Prof. Muhammad Yunus, Gründer der Grameen-Bank und Friedensnobelpreisträger 2006, gründet eine neue Partei namens Nagorik Shakti (Bürgerkraft). Sie will für eine gute Regierungsführung und gegen Korruption eintreten.
18. Februar 2007 Scheich Hasina und Hussain Muhammad Ershad erklärten nach einem Treffen in Dhaka, sie wollten die Allianz zwischen AL und Jatiya Party fortführen.
18. März 2007 Der Präsident der Workers Party fordert, dass religionsbasierte Politik verboten wird.
27. März 2007 Der High Court erklärt die bestehende Wählerliste für null und nichtig.
28. März 2007 Generalleutnant Moeen U Ahmed erklärt, die Notstandsregierung arbeite ernsthaft an fairen Wahlen, die für alle in Bangladesch akzeptabel seien.
5. April 2007 Fakhrudin Ahmed erklärt, die Regierung brauche mindestens 18 Monate, um faire Wahlen vorzubereiten.
12. April 2007 Übergangs-Premierminister Fakhrudin Ahmed erklärt erstmals öffentlich, dass die nächsten freien Wahlen vor Ablauf des Jahres 2008 stattfinden werden. In der Rede, die im Fernsehen und Radio ausgestrahlt wird, kündigt er ein System an, das künftig bei jeder Wahl Manipulationen verhindern solle. Voraussetzung sei eine unanfechtbare Wählerliste inklusive Lichtbildausweise. Entscheidungsprozesse in den Parteien müssten demokratisch erfolgen. Außerdem werde die Regierung die Korruption bekämpfen, die Verwaltung entpolitisieren, die Unabhängigkeit der Justiz durchsetzen und die Grundlagen für einen wirtschaftlichen Aufschwung legen.
17. April 2007 Der jüngere Sohn Begum Khaleda Zias und Bruder von Taleque, Arafat Rahman Zia, wird freigelassen. Dies war eine der Bedingungen der früheren Ministerpräsidentin für ihren „freiwilligen“ Umzug nach Saudi Arabien.
22. April 2007 Scheich Hasina darf auf dem Flughafen London-Heathrow das Flugzeug, das sie nach Dhaka zurückbringen soll, auf Intervention der Notstandsregierung in Bangladesch nicht betreten.
2. Mai 2007 In einer unerwarteten Kehrtwende macht die Notstandsregierung in Bangladesch ihren Beschluss rückgängig, die Führerinnen der beiden größten Parteien des Landes ins Exil zu schicken. Alle Beschränkungen gegenüber den Expremierministerinnen Khaleda Zia und Scheich Hasina wurden aufgehoben. Scheich Hasina den Heimweg nach Bangladesch antreten. Und Khaleda Zia kann sich nach wochenlangem Hausarrest fortan frei bewegen. Laut Regierung steht sie nicht unter Druck, das Land zu verlassen.
4. Mai 2007 Professor Yunus gibt seinen Plan, eine eigene Partei zu gründen, auf. Diejenigen, die seinen Politikeintritt unterstützten, hätten ihren Enthusiasmus eingebüßt, schreibt er in einem „offenen Brief“. Er kündigte an, stattdessen eine neue „dritte Kraft“ zu unterstützen, so sie in Bangladesch die politische Bühne betreten werde. Unbestätigten Meldun-

gen zufolge soll sich Yunus vor seinem Rückzug mit Übergangs-Premierminister Fakhruddin Ahmed getroffen haben.

7. Mai 2007 „Niemand kann mich stoppen“, erklärt die frühere Premierministerin Scheich Hasina bei ihrer Ankunft auf dem Flughafen Dhaka. Am Ende hatte ihr die Notstandsregierung doch die Rückkehr in ihr Heimatland gestattet.

Korruption:

(siehe auch: Energie, Wirtschaft

9. Februar 2007 In Moulvibazar werden der Herausgeber, Chefredakteur und zwei Journalisten von „Jugantar“ wegen angeblicher diffamierender Berichterstattung verhaftet. Ex-Staatsminister Iqbal Hasan Mahmud ist in der Zeitung Jugantar der Korruption beschuldigt worden.

8. März 2007 In einer großen Polizeiaktion werden Tarique Rahman Zia, Sohn der früheren Ministerpräsidentin Begum Khaleda Zia, der frühere Gesundheitsminister Khandaker Mosharraf Hossain, und zahlreiche weitere Politiker wegen Korruptionsverdacht verhaftet. Die Zeitungen veröffentlichen eine lange Liste mutmaßlicher korrupter Personen. Die Bevölkerung reagiert zum größten Teil mit Befriedigung und Zustimmung. In Dhaka werden sogar „Tarique-Verhaftungs-Partys“ gefeiert.

16. März 2007 Gazi Nazrul Islam, Ex-Abgeordneter der Jamaat-e-Islami, wird in Satkhira unter dem Verdacht der Korruption festgenommen. Gazi Nazrul ist auf der Liste der 60 meistkorrupten Personen des Landes, die die Regierung in den Zeitungen publizieren ließ.

20. März 2007 Der High Court fordert die Regierung auf, die Verhaftung von Begum Khaleda Zias Sohn Tarique Rahman ausführlich zu begründen.

21. März 2007 Das Kabinett beschließt strengere Gesetze gegen finanzielle Kriminalität.

28. März 2007 Tarique Zia, sein Feund Giasuddin Al Mamun, der frühere BNP-Abgeordnete Khairul Kabir Khokan und einige andere werden der Korruption, Erpressung, Ämterkaufs und Geldschiebereien angeklagt.

29. März 2007 Korruption im Energiesektor verursacht nach einem Bericht der Zeitung „New Age“ jedes Jahr Kosten in Höhe von 150 Millionen US-Dollar.

9. April 2007 Die derzeit bei ihrer Tochter in den USA weilende Oppositionsführerin Scheich Hasina Wajed wird der Korruption beschuldigt. Tajul Islam Farook, Geschäftsführer der Westmont Power Company, bezichtigt sie, 1998 in ihrer Zeit als Premierministerin 30 Millionen Taka erpresst zu haben. Sollte das Gericht die Anklage annehmen, müsste Scheich Hasina verhaftet werden. Sie dürfte dann auch an keinen Wahlen teilnehmen. Westmont Power ist ein privates Energieunternehmen und gehört zu einem malaysischen Konzern.

11. April 2007 ATM Rafique, Leiter des Khulnaer Büros der Tageszeitung „Dainik Inquilab“, wird unter Berufung auf den „Speedy Trial Act“ verhaftet und

ins Khulnaer Distriktgefängnis eingeliefert. Das Gericht verweigert eine Freilassung auf Kaution. Rafique wurde angeblich auf frischer Tat ertappt, als er 20 000 Taka Bestechungssumme von zwei Beamten der Sundarban Forest Division in Empfang nahm.

13. April 2007 Der ehemalige Justizminister und führende BNP-Politiker Moudud Ahmed wird unter dem Vorwurf der Korruption verhaftet.

Innere Sicherheit/Polizei:

(siehe auch: Korruption, Bangladesch und Indien)

9. Januar 2007 Vor wenigen Tagen hat eine Einheit des Rapid Action Battalion (RAB) 80 Handgranaten und eine große Menge Sprengstoff sichergestellt. Sechs Mitglieder der JMB, Jamaatul Mujahidin of Bangladesh, werden in Narayanganj festgenommen.

14. Januar 2007 Bei Razzien im gesamten Land werden mehr als 2500 Personen festgenommen, darunter auch ein ehemaliger Abgeordneter der Awami League. Sie werden der unterschiedlichsten Vergehen beschuldigt. Die Sicherheitskräfte stellen fünf selbstgebaute „Bomben“ und 34 Waffen plus Munition sicher.

17. Januar 2007 Bei einem Workshop ersucht der Generalinspektor der Polizei, Khuda Baksh Chowdhury um Kooperation mit der UNDP und den Entwicklungspartnern, um die laufende Initiative zur Polizeireform zu stärken.

15. März 2007 Mostafizur Rahman Shahin, mutmaßlich militärischer Kommandeur der terroristischen JMB, wird in seinem Haus in Pabna vom Rapid Action Battalion (RAB) verhaftet. Später erklärt er beim Verhör, die JMB bezahle in Bangladesch 5000 Kader.

17. März 2007 Um eine Neuorganisation und weitere Attacken militanter Islamisten nach der Hinrichtung der sechs JMB-Mitglieder zu verhindern, lassen die Streitkräfte drei Dutzend Verdächtige der verbotenen Jamaatul Mujahideen Bangladesh verhaften. Zwölf Bomben werden sichergestellt. Sowohl die britische Botschaft als auch das Büro des UN Department für Sicherheitsdienste in Dhaka warnen ihre Mitarbeiter vor möglichen Anschlägen nach der Exekution der sechs Führer von Jamaat-ul-Mujahideen Bangladesh.

20. März 2007 Das RAB verhaften in der Nähe von Rangpur Sirajul Islam und Morshedul Islam. Die beiden Männer bereiteten angeblich Aktionen gegen die geplante Hinrichtung der JMB-Führung vor.

24. März 2007 Faruq Ahmed Paban, Vorsitzender des politischen Flügels der Distrikt-einheit der Purbo Banglar Communist Party in Pabna, wird von einer RAB-Einheit verhaftet. Nach seinem Geständnis stellt das RAB acht Maschinengewehre, 1498 Schuss Munition und 25 Magazine für Maschinengewehre sicher. Dem Verhafteten wird neben anderen Delikten auch Mord zur Last gelegt.

5. April 2007 Mitglieder des Rapid Action Battalion nehmen kurz nach der Verhaftung von sechs Islamisten Abu Yousuf und sechs weitere mutmaßliche

Mitglieder der „Hizbe Abu Omar“ Haft. Sie werden beschuldigt, 2005 an Bombenanschlägen beteiligt gewesen zu sein.

18. April 2007 Etwa 30 Personen werden verletzt, als Polizisten das Dorf Bishnandi im Thana Araihasar im Distrikt Narayanganj stürmen. Am Morgen hatte die Bevölkerung noch die Verhaftung von Dorfbewohnern verhindert, die in einen Landstreit verwickelt sind. Nun zerstört die Polizei Berichten zufolge einige Häuser, plündert Wertsachen und schlägt Männer und Frauen, die sie zuvor zwang, ihr Haus zu verlassen.
1. Mai 2007 Auf dem Dhakaer Hauptbahnhof Kamalapur sowie auf Bahnhöfen in Chittagong und Sylhet explodieren gleichzeitig drei Bombensätze. Mindestens ein Rikschafahrer wird verletzt. Die bislang unbekannte Organisation Jadid (= neue) al Qaeda Bangladesh erklärt, sie hätte die Bomben gelegt. Ihre Forderungen: "Beendet die Bündnisse mit den Ungläubigen. Hört auf, mit Nichtregierungsorganisationen zusammenzuarbeiten – und zwar bis bis zum 10. Mai. Andernfalls solltet ihr euch auf den Tod vorbereiten." Eine weitere Mitteilung richtet sich ausdrücklich gegen die Ahmadiyyas. Die Botschaft ist in Bengali geschrieben und auf Englisch unterzeichnet.

Demonstrationen, Gewerkschaften/Streiks:

- (siehe auch: Indigene Bevölkerungsgruppen, Textilindustrie)
8. – 10.01.2007 Der Aufruf der Vierzehn-Parteien-Allianz zu einem Generalstreik wird in ganz Bangladesch befolgt. Demonstranten versuchen, den Präsidentenpalast zu stürmen. Bei Zusammenstößen mit der Polizei werden mehr als 200 Menschen verletzt. Dutzende werden festgenommen. Die Demonstranten fordern die Verschiebung der für den 22. Januar angesetzten Parlamentswahlen.
11. Februar 2007 Wütende Arbeiter der Padma Poly Cotton Fabrics Ltd demonstrieren, weil ihre Fabrik unerwartet verschlossen ist. 40 Arbeiter werden bei Zusammenstößen mit der Polizei verletzt.
19. März 2007 Mehr als 100 Arbeiter blockieren in Gazipur die Straße für ungefähr eine Stunde. Sie fordern, dass die Fabrik ihnen die ausstehenden Löhne zahlt. Die Polizei bringt die Demonstration nach einer Diskussion mit den Fabrikbesitzern unter Kontrolle.

Medien/Pressefreiheit:

- (siehe auch: Korruption, Deutsch-Bangladeschische Beziehungen)
9. Januar 2007 Der Journalist Motinuzzaman Mitu, Reporter der Tageszeitung Daily Ajker Kagoj in Jessore, wird von Abdus Salam Chaklader, Bruder des Generalsekretärs der Awami League im Distrikt Jessore, mit dem Tode bedroht. Mitu hat Machenschaften in einem Landkonflikt aufgedeckt. Er erstattet Anzeige bei der Polizei in Kotwali.
12. Januar 2007 Mit Verhängung des Ausnahmezustandes sind auch die Presserechte eingeschränkt.

29. Januar 2007 Nach einem Aufschrei in den Medien erklärt die Caretaker-Regierung, dass sie das Recht der Presse auf freie Meinungsäußerungen nicht einschränken wolle.
16. Februar 2007 Eine Madrassa in Barisal verbietet ihren Studenten, die dort auch wohnen, das Lesen von Zeitungen und Büchern, die von „anti-islamischen Denkern“ geschrieben wurden. Laut einem Lehrer geschieht dies auf Druck von ein paar islamischen Ländern, die die Madrassa finanziell unterstützen.
19. April 2007 Der Minister für Justiz und Parlamentsangelegenheiten in der Übergangsregierung, Mainul Hosein, erinnert Journalisten auf einer Pressekonferenz in Dhaka daran, dass fundamentale Rechte jedes Bürgers durch die Notstandsgesetzgebung außer Kraft gesetzt sind. Die Journalisten sollten verstehen, dass sich das Land in einem Ausnahmezustand befinde: „Keiner von uns hat irgendein Grundrecht.“ Das Land sei in einer schwierigen Situation, sagt Mainul, der auch für das Informationsministerium verantwortlich ist. Gefragt danach, ob das Informationsministerium die Themen, über die Journalisten berichten können, einschränke, erklärt Mainul, dass es solche Instruktionen von ihm nicht gebe. Er könne aber nicht ausschließen, dass irgendein Gemeindienst Druck auf die Medien ausübe. In diesem Fall habe er davon keine Kenntnis.

Bildung/Universitäten:

8. Januar 2007 Einige Grundschulen von zuvor überschwemmten Dörfern in Jamalpur sind noch nicht wieder aufgebaut. So erhalten Kinder armer Familien derzeit keinen Unterricht. Die übrigen Schulen haben einen starken Mangel an Lehrern und Ausstattung.
10. Januar 2007 Eine englische Schule in Saidpur setzt ein einmaliges Beispiel. Seit sechs Jahren bietet sie armen Kindern kostenlos Unterricht an.
23. Januar 2007 Mehr als 50 Studenten der Jagannath-Universität und zwei Polizisten werden während einer Studenten-Demo und anschließenden Unruhen verletzt. Die Forderungen der Studenten betreffen den Lehrermangel sowie das Transport- und das Unterkunftsproblem.
27. Januar 2007 Der jährliche Report der University Grants Commission zieht verheerende Schlüsse über den Stand der Bildung an 24 öffentlichen Universitäten im Land. Während 86 Prozent des Budgets für Gehälter, Elektrizität und Transport ausgegeben werden, verbleiben für Bildung lediglich 14 Prozent. Empfohlen wird, dass die Institutionen durch die Beteiligung von internationalen Spende-Organisationen und der lokalen Industrie versuchen sollen ihre Einkünfte zu erhöhen. Weitere Punkte sind die Einführung eines nationalen Aufnahmetests sowie eines Benotungssystems, welches die akademischen Grade denen in anderen südasiatischen Ländern angleicht.
18. Februar 2007 Der Vizekanzler der National University beklagt bei privaten und öffentlichen Universitäten einen starken Abfall des Bildungsstandards. Ursache seien Lehrermangel, fehlende Räume sowie mangelhafte Überwachung der Autoritäten. Weitere Probleme bestehen darin, dass einige

- Universitäten auf Druck von Studentenorganisationen mehr Studenten aufnehmen als empfohlen und zusätzliche Studiengebühren einführen.
20. Februar 2007 Bedeutende Erziehungswissenschaftler fordern ein Weißpapier zur Korruption an den Universitäten. Außerdem soll die zentrale Universitätsverwaltung dezentralisiert werden.
28. Februar 2007 Vertreter der privaten und öffentlichen Universitäten fordern, dass die geplante South Asian University in Bangladesch statt in Indien errichtet wird.
17. März 2007 An der Dhaka University werden drei Mitarbeiter wegen angeblicher Verwicklung in Regelwidrigkeiten bei der Aufnahme von Studenten suspendiert. Die Zahl der fehlerhaften Aufnahmen an der DU wird auf 50 beziffert.
18. März 2007 Ein Lehrer der Rajshahi Universität wird in der Nähe des Campus von mehreren Angreifern mit Stichen verletzt. Nach Aussage des Lehrers handelt es sich um einen Mordanschlag. Zehn Tage zuvor erreichte die Universität ein Brief ohne Absender, in welchem er und zwei weitere Lehrer ermahnt wurden, mehreren mit der Islami Chhatra Shibir verbundenen Studenten nur Einsen zu geben. Andernfalls würden harte Konsequenzen drohen.
3. April 2007 Ayub Quadri, als Adviser in der Übergangsregierung zuständig für Bildungsfragen, kündigt an, dass fehlerhafte Stellen in den allgemeinen Schulbüchern über die Geschichte der Unabhängigkeit Bangladeschs korrigiert werden sollen. Die Rolle der nationalen Führer werde nicht wahrheitsgemäß dargestellt. Staatssekretär M Nazrul Islam Khan nennt als weitere Beispiele für Geschichtsfälschung die Korrekturen, die unter der Vorgängerregierung in den Kapiteln über die pakistanischen Kriegsverbrechen vorgenommen wurden.
6. April 2007 Experten des Gesundheitsministeriums fordern am „World Day for the Disabled“ mehr Stellen für Kinderpsychologen. Schulpflichtige Kinder mit Behinderung sollen eine spezielle Betreuung seitens ihrer Lehrer erhalten.
20. April 2007 Auf Anordnung des Bildungsministeriums werden die monatlichen Zahlungen an zwei Colleges und eine Madrassa in Barisal eingestellt.

Kultur:

28. Januar 2007 Die von Islamisten mit dem Tode bedrohte bangladeschische Schriftstellerin Taslima Nasrin (44) beantragt bei der indischen Regierung die indische Staatsbürgerschaft oder eine permanente Aufenthaltsgenehmigung. Im Bewusstsein, dass Bangladesch ihr nicht die Einreise erlauben werden, wolle sie in Kolkata ihrem Heimatland möglichst nahe sein. Daraufhin droht eine islamistische Gruppe der Autorin erneut mit der Ermordung.

Religionen:

(siehe auch: Innenpolitik, Innere Sicherheit, Medien)

20. Januar 2007 Ein zehnjähriger Junge, der Pir genannt wird, und sein Vater werden im Nationalen Presseclub verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen, am Vortag zwei Fotojournalisten der Agentur Reuters angegriffen zu haben. Nach der Verhaftung kommt es unter den Anhängern des Jungen, dem Heilkräfte nachgesagt werden, zu Unruhen. Dabei werden mehr als 40 Personen festgenommen.
27. Januar 2007 Die Vorbereitungen für die dreitägige Bishwa Ijtema in Tongi (Start am 2. Februar) sind im vollen Gange. Es handelt sich um die zweitgrößte weltweite Versammlung der Muslime nach der Hajj. Mehr als 20 000 Sicherheitsbeamte werden anwesend sein.
4. Februar 2007 Die Bishwa Ijtema endet mit einem Schlussgebet. Da die Organisatoren von Ijtema keine ausreichende Wasserversorgung sicherstellten, konnten viele der Anhänger nicht wie vorgehabt ein Bad nehmen. Einige Teilnehmer wurden krank aufgrund eines Mangels an Trinkwasser sowie mangelhafter sanitärer Einrichtungen. Die Teilnehmerzahl wird seitens der Organisatoren auf vier Millionen geschätzt.
12. Februar 2007 Die dreitägige Jahresversammlung der Ahmadiyya Muslim Jamaat in Bangladesch endet mit dem Aufruf, die wahren Lehren des Islam und dem Propheten Muhammad für Frieden, Harmonie und Wohlstand zu verbreiten.
16. Februar 2007 Mitglieder der Hindu Gemeinschaft feiern Shiva Chaturdashi.
22. Februar 2007 Die Streitkräfte missachten ein Gerichtsurteil und reißen Bauten innerhalb eines alten Hindu-Tempels nieder. Zudem greifen sie den Schatzmeister des Tempelkomitee ans. Dieses informiert den „Human Rights Congress for Bangladesch Minority“ und erstattet Anzeige.
13. März 2007 In Satkhira wird ein minderjähriges Hindu-Mädchen nach Angaben ihrer Mutter vor Gericht zunächst zur Konversion und danach zur Hochzeit mit einem muslimischen Mann gezwungen.
30. März 2007 Die Bezirksverwaltung von Panchagarh verbietet die jährliche „Jalsa“ der Ahmadiyya Gemeinde aus Angst vor möglichen Unruhen.

Chittagong Hill Tracts:

(siehe auch: Menschenrechte)

17. Dezember 2007 Ein Kapitän der bangladeschischen Armee wird in Rangamati erschossen, als er sich zwei rivalisierenden Gruppen von Indigenen nähert, die sich einen Schusswechsel liefern.
17. März 2007 In wenigen Tagen baute die bangladeschische Armee 48 ihrer Camps in entlegenen Gebieten der CHT ab. Während die Regierung äußert, damit nach einer Unterbrechung von drei Jahren die Umsetzung des Friedensvertrages fortzusetzen, mutmaßen Sprecher der Indigenen,

dass sie an anderen Stellen wieder aufgebaut würden, um bengalische Siedler zu schützen.

31. März 2007 Wegen fehlender Gerichte in den drei Distrikten der CHT sind mittlerweile etwa 25 000 Rechtsfälle am Gericht in Chittagong anhängig. Die Entfernung erschwert es der armen Bevölkerung, sich Recht zu verschaffen.

Indigene und soziale Bevölkerungsgruppen:

(siehe auch: Menschenrechte)

24. November 2006 Eine Studie des Grambangla Unnayan Komitees stellt fest, dass die Angehörigen der Bede, die etwa 500 000 Personen umfassen und die in Gruppen als Wassernomaden zehn Monate des Jahres unterwegs sind, sich wegen des Fehlens eines dauerhaften Wohnortes nicht auf den Wählerlisten registrieren lassen können. In über 90 Prozent besitzen sie weder Land noch Eigentum. Ihre Kinder werden nicht in Grundschulen aufgenommen. Mehr als 95 Prozent sind Analphabeten, 98 Prozent leben unterhalb der Armutsgrenze. Nur zwei Prozent der Kinder erhalten Impfungen gegen lebensgefährliche Erkrankungen.

6. Januar 2007 Im Nationalen Presseclub fordern die Vertreter des Bangladesh Adibasi Samity die verfassungsmäßige Anerkennung der ethnischen Minderheiten und ein eigenes Ministerium, das ihre Interessen schützt. Sie fordern zudem die Grundschulausbildung in der jeweiligen Muttersprache und die bevorzugte Zuweisung von Khas-Land.

15. Januar 2007 Nach mehrjähriger Unterbrechung wird der Mauerbau zur Errichtung eines Öko-Parks in Modhupur wieder aufgenommen. Sie war nach Protesten und einem Todesopfer 2004 gestoppt worden. Der Weiterbau war mit den dort lebenden Garos und Koch trotz Vereinbarung nicht abgesprochen worden.

Februar 2007 Sprecher ethnischer Minderheiten äußern sich verärgert über die Informationen, die in der "Banglapedia", dem nationalen Lexikon Bangladeschs, über ethnische Minderheiten veröffentlicht sind. Viele Informationen über Lebensweise und Kulturen seien falsch, antiquiert und drückten eine negative Haltung aus.

21. Februar 2007 Die große Mehrheit der 1500 Kinder der Munda, deren 4000 Angehörige in den Distrikten Khulna und Satkhira leben, besucht nicht die Grundschule, weil sie den Anweisungen der Lehrer auf Bangla nicht folgen können.

24. Februar 2007 Die indigenen Minderheiten, die im Nordosten des Landes wohnen, stellen ihre eigene Web-Seite vor. Unter der Adresse <http://www.ecdo-bd.org> können sich Interessierte über ihre Situation informieren.

17. März 2007 In Dhaka beginnt ein dreitägiges Festival der ethnischen Minderheiten. Organisiert wird es von der Gesellschaft für Umwelt und menschliche Entwicklung. Die Sprecher der Eröffnungsveranstaltung betonen die Wichtigkeit der kulturellen, religiösen und ethnischen Vielfalt.

20. März 2007 Mitglieder der Garo-Gemeinde in Madhupur fordern bei einer Demonstration eine unabhängige Untersuchung des Todes von Chalesh Risil Sangma in Militärgewahrsam.
2. April 2007 Im Nationaltheater der Bangladesh Shilpakala Academy beginnt das erste Theaterfestival der Adivasi. Es dauert fünf Tage. Gezeigt werden vier Stücke in verschiedenen Sprachen. Begleitend finden Diskussionsveranstaltungen und Seminare statt.
5. April 2007 Bei einem Seminar zu Thema "Sprachen und Bildung von ethnischen Minderheiten" plädieren die Vertreter sowohl der ethnischen Minderheiten als auch der Mehrheit für die Gründung eines Institutes oder einer Akademie zum Schutz und der Förderung der Sprachen der Adivasi in Gegenden, wo sie die Mehrheit stellen.

Frauen:

31. Januar 2007 In Jhalakati werden in Abwesenheit drei Männer wegen Frauenhandels zu je 20 Jahren verschärfter Haft und einer Geldstrafe von je 10 000 Taka oder weiteren zwei Jahren Haft verurteilt. Sie werden für schuldig befunden, am 19. Dezember 2000 ein damals 13 jähriges Mädchen verschleppt zu haben. Einige Monate später konnte ihre Familie sie befreien.
7. Februar 2007 In Barisal werden vier Flüchtige zu lebenslanger Haft und 50 000 Taka oder weiteren zwei Jahren verurteilt. Gegen einen Untersuchungsbeamten werden wegen Fahrlässigkeit bei einer Untersuchung Schritte eingeleitet. Die Männer sollen im Oktober 2004 eine 20 jährige Mutter vergewaltigt und erdrosselt und später deren Schwester entführt und vergewaltigt haben.
7. Februar 2007 Eine 32-jährige Frau wird in Khulna mutmaßlich von der Familie des Ehemannes zu Tode geprügelt, weil ihre Eltern keine 10 000 Taka Mitgift bezahlen wollten. Die Familie versucht nach der Tat, ihren Tod als Selbstmord aussehen zu lassen und flieht.
8. Februar 2007 Die Shahbagh Thana-Polizei verhaftet die Ehefrau eines Friedensrichters des Narshingdi-Distrikts. Ihr wird ein tätlicher Angriff auf ein weibliches Mitglied des RAB vorgeworfen, als diese am Eingang zu einer Buchausstellung ihre Handtasche durchsuchen und bei ihr eine Leibesvisitation durchführen wollte.
15. Februar 2007 Die Frauenorganisation Sammilita Nari Samanj fordert bei einer Pressekonferenz in Dhaka die Regierung auf, sowohl die Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen als auch die Korruption und die Verbrechen. Nach der Änderung der Frauenentwicklungspolitik von 2004 solle sie unverzüglich eine Politik für Frauen formulieren. Die Organisation fordert zudem freie und faire Wahlen. Sie äußert sich besorgt über die Vertreibung von Slumbewohnern und Straßenhändlern. Sie fordert Mindestlöhne für die Beschäftigten der Bekleidungsindustrie und rechtliche Schritte gegen Fabrikeigentümer, die die Interessen ihrer Angestellten nicht schützen.

18. Februar 2007 Im Guduraspur Upazila wird eine 15 jährige Schülerin von einem Mann erstochen, weil sie eine Beziehung mit ihm abgelehnt hatte. Gegen den 21 jährigen Täter wird Klage eingereicht.
- In Tarabaria im Sujanagar Upazila wird eine 23 jährige Frau während eines Familienstreits von ihrem Mann durch Stiche so schwer verletzt, dass sie am Folgetag stirbt.
20. Februar 2007 Sprecher eines Beratungstreffens mit Journalistinnen betonen die Notwendigkeit der Anwendung der CEDAW, um die Rechte der Frauen, die als Arbeitsmigrantinnen ins Ausland reisen, zu schützen. Das Treffen ist Teil eines Projekts, mit dem Rechte von Arbeitsmigrantinnen gefördert werden sollen.
22. Februar 2007 Über 1500 Fälle, die unter dem Repression of Women and Children Act fallen, sind seit Jahren vor den Sondergerichten anhängig. Eigentlich soll über diese Fälle innerhalb von sechs Monaten entschieden sein. Die Beschäftigten der Gerichte geben sich gegenseitig die Verantwortung für die langen Bearbeitungszeiten.
29. März 2007 In Chittagong schüttet ein Mann Säure auf seine Schwiegermutter. Sie erleidet Verätzungen an Brust und Hals. Im vergangenen Jahr hatte der Mann ihre Tochter geheiratet. Einige Monate später begann er sie zu misshandeln, um weitere Mitgiftzahlungen zu erzwingen.
31. März 2007 Bei einer Veranstaltung im Nationalen Presseclub im Vorfeld des 14. Treffens der SAARC-Mitgliedsländer am 3./4. April fordern Menschenrechtsaktivistinnen die unverzügliche Gründung einer regionalen Einsatzgruppe, um die Konvention der SAARC zur Bekämpfung der Verschleppung von Frauen und Kindern umzusetzen. Dafür soll sich auch die bangladeschische Delegation einsetzen. Organisiert wird die Veranstaltung von der Bangladesh Womens Lawyers' Association und von der Organisation "Aktion gegen Verschleppung und sexuelle Ausbeutung von Kindern".

Kinder:

(siehe auch: Menschenrechte)

4. Januar 2007 Die NGO Pradipan nimmt ein Programm auf, in dem Kinderarbeiter in ihrer Freizeit Unterricht erhalten sollen. Mit finanzieller Unterstützung von UNICEF stellt das Bildungsministerium ein Projekt vor, bei dem in Barisal 27 Bildungszentren für 675 Kinder eröffnet werden sollen. Insgesamt sollen 40 Bildungszentren für 1000 Schüler aus armen Familien eingerichtet werden. Der Unterrichtszeitraum soll 40 Monate betragen.
5. Januar 2007 Laut einer Studie der Shushamaj Foundation und der Disha Samaj Kalyan Sangstha werden 67 Prozent der armen Kinder in Jessore ihre Rechte vorenthalten. Viele Rechte, die in der Kinderrechtskonvention vereinbart sind, werden ihnen gegenüber verletzt. Sie müssen in risikoreichen, die Gesundheit gefährdenden Bereichen arbeiten, beispielsweise in Motorwerkstätten und in Tabakfabriken. Mehr als 11 Prozent arbeiten in der Landwirtschaft, 8,3 Prozent als Rikschafahrer und 7,3 Prozent auf Ziegelfeldern, 6,9 Prozent als Straßenhändler und 5,9

Prozent als Tischlergehilfen. Sie haben keinen Zugang zu Essen, Unterkunft und Bildung.

10. Januar 2007 Teilnehmer einer Veranstaltung in Dhaka, die vom Arbeitsministerium und Save the Children in Schweden und Dänemark organisiert wird, fordern politische Richtlinien zur Kinderarbeit.
11. März 2007 Viele Kinder arbeiten in Bangladesch bevor sie die Grundschule beendet haben. Sie verdienen weniger als Erwachsene. Begrenzungen der Arbeitszeit gibt es nicht. Auch arbeiten viele in gefährlichen Bereichen. Mädchen sind oft auch sexueller Gewalt ausgesetzt. Manche Kinder sehen ihre Eltern kaum, z. B. wenn diese als Hausangestellte arbeiten, schreibt die Zeitung „Independent“.
22. März 2007 Nach Angaben einer lokalen NGO ist der Anteil der Kinderarbeit der unter 13-Jährigen in den Städten Noakhali und Choumuhoni in den vergangenen drei Jahren stark angestiegen. Zum jetzigen Zeitpunkt müssen 2720 Kinder im Vergleich zu 1400 Kindern im Jahr 2005 arbeiten. Einige Kinder werden für den Schmuggel von Waffen und Drogen missbraucht.
29. März 2007 In Uttarkhan wird eine Frau verhaftet. Ihr wird vorgeworfen, ein 12-jähriges Mädchen, das bei ihr als Haushaltshilfe gearbeitet hat, misshandelt zu haben. Das Mädchen erlitt Verletzungen bzw. Verbrennungen an Händen und Wange und muss ins Krankenhaus gebracht werden.
8. April 2007 In Chittagong wird ein neunjähriger Junge wegen des Vorwurfs der Vergewaltigung eines fünfjährigen Mädchens inhaftiert.

Armut:

- (siehe auch: Menschenrechte)
14. Januar 2007 Die Coalition for the Urban Poor (CUP), ein Zusammenschluss von NGOs, berichtet, dass seit 2003 in Dhaka 23 Slums angezündet worden sind, um die Bewohner zu vertreiben. Dabei wurden acht Personen getötet und 194 mit Brandwunden verletzt. Mit der Planierdraht wurde auch gegen Slums vorgegangen. Das ist jedoch seit einem Gerichtsurteil aus dem Jahr 1998 erschwert, und so wird der Brandstiftung der Vorzug gegeben.
22. Januar 2007 Die Produktion von Lebensmitteln im Haushalt sollte nach einer Empfehlung von Helen Keller international bei der nationalen Armutsreduktionsstrategie mehr Beachtung finden. Denn dadurch entstünden zusätzliche Einkommen und zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen in armen Haushalten in ländlichen Gebieten Bangladeschs, heißt es in einem Artikel in „New Age“. Gedacht sei an Gartenbau und Hühnerzucht.
18. Februar 2007 Nobelpreisträger Professor Mohammed Yunus sagt auf einem Seminar zum Thema „Mikrokredit und die Welt ohne Armut“, Armut würde in Zukunft ins Museum gehören und das erste dieser Art würde in Bangladesch errichtet werden.

21. Februar 2007 16 634 Landlose in Pabna erhalten 6630 Morgen Regierungsland, das Landräuber weggenommen hatten. Das Ganze geschah mit Hilfe der NGO SAMATA.
18. März 2007 Arbeiter der staatlichen Jute-Fabriken verkaufen ihre ausstehenden Löhne an Unternehmen gegen Sofort-Bargeld. Die Armut zwingt sie dazu. Für einen ihnen zustehenden Lohnbetrag von 1000 Taka bekommen sie nur 600 bis 700 Taka.
- Prof. Mohammed Yunus kritisiert die Banken, weil sie keine Kredite an Arme geben. Nur ein Drittel der Weltbevölkerung habe Zugang zu Krediten. Kredite seien jedoch ein wichtiges Mittel gegen Armut und ein Menschenrecht. In Bangladesch habe die Armut jedes Jahr um zwei Prozent abgenommen.
30. März 2007 Das Centre for Urban Studies and Anyeshan, eine NGO, diskutiert über den Beitrag der städtischen Armen zur Wirtschaft. Ihnen werden grundlegende Menschenrechte, Gesundheit und Hygieneeinrichtungen wie Latrinen und sauberes Wasser vorenthalten. In verschiedener Weise werden sie unterdrückt. Durch die immer wieder stattfindenden Vertreibungen werden sie von ihren ökonomischen Möglichkeiten abgeschnitten, berichtet „New Age“. Das hatte bereits negative Auswirkungen auf die Ökonomie. Die NGO forderte von der Regierung 1200 Morgen Khas-Land zur Rehabilitation.
5. April 2007 Nach einer Übersicht der Asiatischen Entwicklungsbank beträgt das Pro-Kopf-Jahreseinkommen in Bangladesch 470 US-Dollar. Zum Vergleich: In Kambodscha sind es 380, in Laos 420, in Indien 720 und in den USA 41 660 Dollar.

Gesundheit/Bevölkerungsentwicklung:

10. November 2006 Jedes Jahr sterben in Bangladesch 70 000 Menschen an der Tuberkulose. Jedes Jahr kommt es zu 319 000 Neuerkrankungen. Das Land liegt damit weltweit auf dem sechsten Rang. Etwa 44 Prozent der Fälle bleiben unentdeckt.
12. Januar 2007 Das Ergebnis einer zweijährigen Studie in Saidpur und Parbatipur ist, dass 32 Prozent der Todesfälle von Kindern unter fünf Jahren auf Atemluftvergiftung durch das Kochen in geschlossenen oder schlecht gelüfteten Räumen mit ungeeignetem Brennmaterial zurückgeht.
- Februar 2007 In Bangladesch gehen jährlich mehr als 30 Prozent der Todesfälle auf Lungenentzündungen zurück. Die Regierungen von Kanada, Italien, Norwegen, Russland und Großbritannien stellen gemeinsam mit der Bill and Melinda Gates-Stiftung 1,5 Milliarden US-Dollar zur Verfügung, um die ärmsten Länder mit günstigen Impfstoffen zu versorgen. Ein Mikrobiologe eines Krankenhauses in Dhaka meint, dass in Bangladesch dadurch jährlich 800 000 Kinder gerettet werden könnten.
6. Februar 2007 Die Regierung gibt drei bis vier Prozent ihres Haushaltes für die Gesundheitsversorgung aus.
16. Februar 2007 In den vergangenen Wochen war in mehreren Stadtbezirken von Dhaka das Wasser von der Wasserversorgung verunreinigt. Die

verantwortlichen Beamten schreiben dies der Verschmutzung der Flüsse und Rissen in den Leitungen zu. Viele Leitungen würden illegal installiert. Zudem würde das Wasserversorgungsamt nicht von der Stadt informiert, wenn z.B. durch Straßenbaumaßnahmen oder Reparaturarbeiten Schäden entstünden.

18. Februar 2007 Mehr als 80 Prozent der privaten Kliniken und Diagnostikzentren in Sylhet arbeiten ohne Genehmigung des Gesundheitsdirektoriums. Nur 38 private Kliniken und Labore haben eine Lizenz.
20. Februar 2007 Sämtliche Besitzer der 34 Privatkliniken und Pathologielabore in Magura müssen ihre Häuser schließen, da sie nicht in Übereinstimmung mit Richtlinien, die von der Regierung festgelegt wurden, gearbeitet haben. So arbeiteten sie ohne die erforderliche Anzahl von Ärzten, Pathologen und Krankenschwestern. Außerdem waren sie für die Durchführung verschiedener Tests nicht ausgerüstet.
26. Februar 2007 In der Universitätsklinik von Rajshahi waren die Durchführungen von Operationen in den vergangenen Wochen stark eingeschränkt. Grund dafür war die mangelnde Anzahl bzw. Anwesenheit von Narkoseärzten
22. März 2007 Der Gesundheits- und Familienminister, ASM Matiur Rahman, kündigt an, dass die Regierung ungenehmigte Krankenhäuser und Diagnosezentren schließen wird. Von den 5000 Diagnosezentren und Laboren haben nur 1454 oder weniger als 30 Prozent die staatliche Genehmigung. Die privaten Einrichtungen sind meist unzureichend ausgestattet und die Behandlung mangelhaft. Immer wieder wird von Todesfällen berichtet.
25. März 2007 Der Friedensnobelpreisträger Mohammad Yunus fordert UNITAID, eine internationale Gesundheitsorganisation, aufgefordert, den weltweiten Kampf gegen Tuberkulose, Malaria und AIDS zu unterstützen. In diesem Zusammenhang verweist er auf ein Beispiel von sozialer Ökonomie, nämlich der Partnerschaft Grameen-Danone, durch das in Bogra Joghurt für unterernährte Kinder produziert wird.
26. März 2007 Der höchste Beamte, der bei der WHO für die Vogelgrippe zuständig ist, Dr. David Heymann, garantiert armen Ländern im Falle einer Pandemie den Zugang zu Impfstoffen.
28. März 2007 Jährlich sterben in Bangladesch 150 000 Babys im ersten Lebensmonat.
29. März 2007 In einem Zeitraum von zwei Wochen wurden auf mehr als 1000 Geflügelfarmen der Vogelgrippevirus entdeckt. 56 198 Stück Geflügel wurden gekeult. 500 000 Menschen droht der Verlust des Arbeitsplatzes.
7. April 2007 Anlässlich des Weltgesundheitstages wird auf Veranstaltungen mehr Geld für den Gesundheitssektor und eine bessere Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung gefordert.
8. April 2007 In der Stadt Jhenaidah wurden im vergangenen Jahr etwa 100 Menschen von herumstreunenden, tollwütigen Hunden gebissen. Der Stadtverwaltung wird vorgeworfen, nichts zu unternehmen. Diese wiederum beruft sich auf fehlende finanzielle Mittel.

18. April 2007 Experten der FAO sind in Bangladesch, um den jüngsten Ausbruch der Vogelgrippe zu untersuchen.
20. April 2007 Die Regierung Bangladeschs wird die International Convention on the Rights of Persons with Disabilities der Vereinten Nationen unterzeichnen. Ziel ist es, die Lebensbedingungen behinderter Menschen zu verbessern.

Unglücksfälle/Naturkatastrophen:

(siehe auch: Deutsch-Bangladeschische Beziehungen)

10. Januar 2007 Vor allem arme Menschen leiden unter der großen Kälte und einer unzureichenden Verteilung von warmer Kleidung durch die Regierung und Hilfsorganisationen. Die Preise für warme Kleidung sind stark gestiegen.
- Ende Januar 2007 Die seit vier Wochen dauernde Kältewelle im Nordwesten Bangladeschs hat bislang 150 Todesopfer gefordert.
26. Februar 2007 Ein Feuer in einem elfstöckigen Hochhaus fordert in Dhaka mindestens drei Todesopfer.
28. Februar 2007 Viele Hochhäuser werden ohne ein Mindestmaß an Sicherheit gebaut. Sowohl Planung als auch Sicherheitsausstattung sowie Notausgänge sind völlig unzureichend, berichtet die Zeitung „New Age“.
12. März 2007 Ein Flugzeug der bangladeschischen Fluggesellschaft Biman verunglückt beim Startversuch auf dem Flughafen in Dubai.
20. März 2007 Nach einem Festessen in einem Dorf südlich von Chittagong werden 300 Gäste mit Lebensmittelvergiftung ins Krankenhaus eingeliefert.
6. Mai 2007 Die Regionen Rangpur und Dinajur werden von einer schlimmen Dürre heimgesucht. Mindestens 33 Menschen sterben aus Wassermangel.

Umwelt/Natur/Klima:

- Januar 2007 BBC Korrespondent Roger Harrabin berichtet aus Bangladesch, dass laut neuer Studien in den kommenden Jahren bis zu 30 Millionen Menschen zu „Klimaflüchtlingen“ werden können. Die globale Erderwärmung führe zu mehr Dürren und Fluten in Bangladesch sowie zu einem Ansteigen des Meeresspiegels. Besonders betroffen seien die Bewohner der Inseln im Jamuna-Fluss. Die Folge wäre, dass immer mehr Menschen in andere Regionen oder die Hauptstadt Dhaka flüchten würden, worauf diese überhaupt nicht vorbereitet sei. Schon heute gehöre Dhaka zu den am schnellsten wachsenden Städten der Welt.
17. Januar 2007 Die Verschlammung mehrerer Flüsse im Gebiet um Narail führt zu Beeinträchtigungen im Schiffsverkehr, Warentransport und Fischfang. Auch mehrere Fährverbindungen können nur noch unregelmäßig bedient werden. Im Zusammenhang mit der Verschlammung fällt der Wasserspiegel, so dass viele Bauern ihre Felder in dieser Region nicht

mehr bewässern können. Bislang sind etwa 2000 Hektar von der Verschlammung betroffen.

5. Februar 2007 An den Küsten Ostindiens und Bangladesch werden mehr als 1000 tote Schildkröten angespült. Wulstige Augen und Hälse deuten darauf hin, dass sie an Sauerstoffmangel gestorben sind. Ozeanologen zufolge könnte der Massentod mit der Umweltverschmutzung im Golf von Bengalen zusammenhängen.
14. Februar 2007 Das National Committee to Protect Oil, Gas, Mineral Resources, Power and Port fordert den Energieminister der Übergangsregierung auf, die Unbedenklichkeitserklärung in Bezug auf Umweltfragen für Asia Energy zum Betrieb von Übertagekohleabbau in Phulbari nicht zu erneuern. Rund 67 Quadratkilometer Agrarland würden für die Mine benötigt und 40 000 bis 50 000 Menschen müssten umgesiedelt werden. Die geplante Entwässerung könnte zu einer Versteppung von 214 Quadratkilometer Land über mindestens 35 Jahre hinweg führen und würde 240 000 Menschen betreffen.
17. Februar 2007 Bei einem Forum der Bangladesh Environmental Lawyers Association und der Bangladesh Paribesh Andolan in Dhaka kritisieren Umweltschützer, Akademiker, Journalisten, Stadtplaner und Menschenrechtler die unverminderte Auffüllung der Feuchtgebiete rund um Dhaka kritisieren. Sollte die Auffüllung mit der bisherigen Geschwindigkeit voranschreiten, seien spätestens 2037 alle Feuchtgebiete verschwunden. Dies hätte stärkere und längere Überschwemmungsperioden zur Folge. Ursache sind die häufig illegalen Bebauungsprojekte. Offensichtlich fehlt der zuständigen Behörde, der Rajdhani Unnayan Kartripakkha (Rajuk) die Durchsetzungskraft und der Wille, um diese wirksam einzudämmen. Ein weiteres Problem sind Abwasserkanäle, die häufig unkoordiniert angelegt und schlecht gereinigt werden, so dass sie verstopfen und ebenfalls zu Überschwemmungen führen.
19. März 2007 Bei einem Brand in den Sundarbans werden 250 Hektar Wald in der Upazilla Dakop im Bagerhat-Distrikt zerstört.
16. April 2007 Die Zeitung „New Age“ berichtet über eine Klimastudie der Bangladesh Economic Association, wonach bei einem Temperaturanstieg zwischen 0,5 und 2 Grad Celsius 15 Prozent des Landes überschwemmt würden. Dabei würden die größten Mangrovegebiete der Welt verschwinden. Mehr als 20 Millionen Menschen würden heimatlos. Wenn sich die Temperatur um mehr als 2 Grad Celsius erhöhte, würden 23 bis 29 Prozent des Landes verschwinden.

Landwirtschaft/Fischerei:

- Januar 2007 Jedes Jahr im Oktober/November wird der Nordosten Bangladeschs von einer saisonalen Nahrungskrise, genannt „Monga“, heimgesucht. Mangels Einkommen während dieser Periode müssen ärmere Menschen ihre Mahlzeiten reduzieren. Der Reisanbau in der Region erfordert einen saisonal sehr schwankenden Arbeitsbedarf. Tagelöhner werden hauptsächlich während des Einpflanzens und der Reisernte benötigt. In der bis zu 60-tägigen Zwischenperiode gibt es kaum Verdienstmöglichkeiten. Auch Kleinbauern leiden Mangel in dieser Zeit, weil sie häufig große Ausgaben für Saatgut, Dünger und Pestizide

getätigt haben und jetzt kein Einkommen erwirtschaften. Oft wird daher die Ernte während der Monga weit unter Preis im Voraus verkauft oder Kredite mit bis zu 30 Prozent Zinsen im Monat aufgenommen.

Die Monga tritt hauptsächlich auf den Schwemmlandinseln, den Chars, und dem von Flut und Erosion betroffenen Festland entlang der nördlichen Flüsse Jamuna und Teesta auf. Gerade auf den Chars leben viele chronisch Arme, die in den Überflutungen immer wieder Land, Vieh und sonstige Wertsachen verlieren. Neu entstehende Chars sind anfangs von relativ schlechter Bodenqualität und werden, begünstigt durch das korrupte Landverteilungssystem, meist von Mitgliedern der lokalen Elite für sich beansprucht. Der Zugang zu privaten oder staatlichen Bildungsangeboten, landwirtschaftlicher Beratung und Projekten von NGOs ist auf den Chars deutlich eingeschränkt.

Viele Bewohner wandern während der Monga als saisonale Arbeiter in andere Gebiete, allerdings ist während dieses Zeitraums generell weniger Arbeit in Bangladesh nachgefragt. Dort, wo noch Arbeit möglich ist, z.B. im Rikscha-Gewerbe in den Städten, sinken während der Monga die Löhne aufgrund des Überangebots an billigen Arbeitskräften.

Bisher haben weder NGOs noch die Regierung oder internationale Organisationen ein flächendeckendes Konzept zur Bekämpfung der Monga entwickelt. Die Schaffung von neuen Arbeitsmöglichkeiten, z.B. durch eine Diversifizierung der Landwirtschaft, und die Stärkung von lokalen Sicherungsmechanismen sowie die Bekämpfung ausbeuterischer Tendenzen sind notwendige Voraussetzungen für eine langfristige tragfähige Strategie.

20. Januar 2007 Ein landesweiter Mangel an Urea-Dünger bedroht die Landwirtschaft. Bauern zahlen 500 Taka pro Sack, fast das Doppelte des offiziell von der Regierung festgelegten Preises von 290 Taka. Im Januar werden 379 000 Tonnen Dünger benötigt, dem ein Vorrat von 395 000 Tonnen plus die aktuelle Produktion gegenüber stehen. Dass es dennoch zu einer akuten Verknappung kam, wird mit dem illegalen Schmuggeln von Dünger außer Landes sowie der Zurückhaltung von Ware aufgrund von Preisspekulationen begründet. So hat die Polizei in Munshiganj kürzlich 34 000 Sack geschmuggelten Düngers sichergestellt. Von der Regierung wird erwartet, dass sie diese Probleme energischer angeht.
6. Februar 2007 Laut einem Forschungsprogramm lässt sich durch die Gewinnung von Lac-Harz während der Monga-Periode das Einkommen armer Bauern und Tagelöhner aufbessern. Lac ist ein Harz, das von einem auf gewissen Holzsorten parasitär lebenden Insekt abgeschieden wird und das während der Monga abgeerntet werden kann. Lac-Harz wird in vielen Industriezweigen, wie Nahrungsmittel, Leder und Textilien, Pharma, Parfüms und Klebstoffe, eingesetzt. Mit einer Investition von 200-250 Taka lässt sich Lac-Harz im Wert von 2,500 Taka ernten.
10. Februar 2007 Die Regierung hat einen Gesetzentwurf fertig gestellt, mit dem die biologische Vielfalt von Nutzpflanzen bewahrt sowie das Recht der Bauern, neuentwickelte Pflanzen und Anbautechnologien zu nutzen, gesichert werden soll. Der Entwurf erfolgt der Internationalen Konvention zum Schutz neuer Pflanzenvarianten, die 2003 in Genf revidiert wurde. Mit dem Gesetz werden Neuzüchtungen von Obstbäumen über 25 Jahre und anderer Pflanzen über 20 Jahre vor Nachahmern geschützt. Ein weiterer Gesetzentwurf sieht den Schutz bestehender Pflanzenarten vor.

29. März 2007 Laut Department of Agriculture Extension können 15 000 Hektar Land in Patuakhali nicht bestellt werden. Dadurch geht eine Getreideproduktion in Höhe von 60 000 Tonnen verloren. Angeschwemmte Erde blockiert den Wasserdurchfluss in Kanälen und Flüssen, was zu Überschwemmungen führt. Außerdem wird der normale Wasserfluss häufig durch illegale Fischzuchtprojekte einflussreicher Personen gestört. Ein Ingenieur des Patuakhali WDB erklärt, dass den Behörden ein Projektantrag zur Aushebung der verstopften Kanäle vorgelegt wurde. Er wurde aber aus Mangel an finanziellen Mitteln bisher noch nicht bewilligt.
4. April 2007 Der Anbau von Boro-Reis in Netrakona wird durch häufige Stromausfälle und gestiegene Preise für Düngemittel und Diesel immer schwieriger. Die Bauern sind oft nicht in der Lage, ihre mit Strom oder Diesel betriebenen Bewässerungspumpen einzusetzen. In früheren Jahren wurden viele Gebiete mit Wasser aus Feuchtgebieten, Flüssen und Kanälen bewässert, die jedoch mittlerweile weitgehend ausgetrocknet sind. Der Preis für Diesel liegt momentan bei 35 bis 40 Taka und damit deutlich über der offiziellen Rate von 33 Taka.
8. April 2007 Die Regierung erlaubt bis zum 21. August den Fischfang im Flachwasser (weniger als 40 Meter Wassertiefe). Der Nachschub an Seefisch für den Markt sowie an Shrimps für die Brutfarmen drohte zu versiegen, nachdem ein Verbot von industriellem Fischfang im Flachwasserbereich, das aus dem Jahr 1983 stammt, seit einem Monat von der Marine Bangladeschs strikt implementiert wird. Das Verbot wurde ursprünglich erlassen, um kleine Fischer vor der Konkurrenz durch kommerzielle Fischfangunternehmen zu schützen. Da mittlerweile jedoch auch einfache Fischer Hochseefischfang betreiben, ist diesem Verbot die Grundlage entzogen. Viele Fische und Shrimps flüchten sich ins Flachwasser, wenn der Salzgehalt im Meerwasser periodisch steigt. Die Shrimps legen ihre Eier an Brutplätzen hauptsächlich bei Cox's Bazar ab, von dort wird der Fisch zu den Shrimpfarmen in Bagerhat, Satkhira und Khulna transportiert. Die Entscheidung, das Fangverbot temporär aufzuheben, fiel in einer Sitzung mit dem zuständigen Berater für Fischfang und Viehbestand, CS Karim und Vertretern der Bangladesh Marine Fisheries Association, der Bangladesh Frozen Food Association sowie der Shrimp Hatchery Association of Bangladesh. Es wurde zusätzlich ein Komitee einberufen, das nach einer permanenten Lösung des Problems suchen soll. Bangladesch exportiert jährlich gefrorenen Fisch im Wert von 32 Milliarden Taka.
- Nach Aussage des Landwirtschaftsministeriums wurde die Nahrungsmittelproduktion in Bangladesch in den vergangenen zehn Jahren um 81 Prozent erhöht. Gleichzeitig verdoppelten sich auch die Produktionskosten. Die Reisproduktion stieg von 16,8 Millionen Tonnen 1994/95 auf 26,7 Millionen Tonnen 2004/05. Der Preis für ein Kilogramm Reis betrage 13,80 Taka – bei Produktionskosten von acht Taka. Die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter hätten sich von 40-50 Taka im Jahr 2000 auf 100 bis 120 Taka erhöht. Durch den Produktionsanstieg konnte der Import von Reis verringert werden.
9. April 2007 Das Teesta-Bewässerungsprojekt, das größte seiner Art in Bangladesch, liefert nicht genügend Wasser. Tausenden, von dem Teesta-Projekt abhängige Bauern können ihr Land nicht bestellen. Dagegen wird das Nutzland im Sommer vielfach überflutet. Grund ist der Gajal Doba Staudamm in Indien, durch den das Wasser des Teesta-Flusses

in der Trockenzeit zurückgehalten wird. Während der Regenzeit werden die Tore geöffnet, was zu massiven Überflutungen in Bangladesch führt. Laut Rangpur Water Development Board sollten 60 000 Hektar Land bewässert werden, ein Drittel des ursprünglichen Ziels. Mittlerweile wird bezweifelt, ob überhaupt dieses reduzierte Ziel erreicht werden kann.

Technik/Energie/Wasserversorgung/Verkehr:

(siehe auch: Korruption, Natur/Umwelt, Landwirtschaft)

24. Januar 2007 Eine akute Gasknappheit führt zu einem signifikanten Rückgang der Wasser- und Energieversorgung in Chittagong. In Pabna, liefert das Rural Electrification Board (REB) weniger als ein Sechstel des benötigten Stroms für die Bewässerungspumpen. Laut Vertretern des REB ist die Ursache ein Produktionsausfall in drei von fünf Einheiten des Ashuganj-Kraftwerks und ein kompletter Ausfall des Haripur-Kraftwerks. Es wird erwartet, dass sich die Energiekrise verstärkt, da während der kommenden Sommermonate zusätzlicher Strom für die Bewässerung der Felder benötigt wird. In einigen Gebieten werden bis zu 75 Prozent aller Felder bewässert, deren Ertrag nun gefährdet ist.
1. Februar 2007 Stromausfälle sowie hohe Diesel- und Düngemittelpreise behindern den Reisanbau in den Distrikten Manikganj, Lalmonirhat und Kurigram.
2. Februar 2007 Häufige Stromausfälle behindern das Barind-Projekt, das größte Landwirtschaftsprojekt im Norden des Landes. Unter dem Barind-Projekt sollen 100 Hektar Land für den Reis- und Weizenanbau bewässert werden. In Spitzenzeiten werden bis zu 40 Megawatt Strom pro Stunde benötigt, zur Verfügung stehen jedoch nur 8 bis 10 Megawatt. Häufig haben die Bauern Prepaid-Karten für die Bewässerung aus Tiefbrunnen gekauft, erhalten jedoch nicht die ihnen zustehenden Leistungen und können auch nicht in andere Bewässerungssysteme wechseln, da sie ihr Geld bereits investiert haben.
6. Februar 2007 Die Strompreise steigen erneut, und zwar auf dem Land um fünf und in den Städten um zehn Prozent.
9. Februar 2007 Eine Studie von USAID zur Verbindung der Energienetze von Bangladesch und Nordost-Indien enthält eine Empfehlung, dass Bangladesch 200 Megawatt Strom aus Indien beziehen kann. Die Asia Development Bank hat der Interimsregierung Bangladeschs bereits ihre Unterstützung zugesichert. Die Regierung will dem Vorschlag nur zustimmen, wenn daran keine weiteren Bedingungen geknüpft sind. Dies ist jedoch unwahrscheinlich, da Indien seit längerem Durchflussrechte fordert, um Strom von Westbengalen über Bangladesch in die nordöstlichen Bundesstaaten zu transportieren. Indien hat selbst ein Energiedefizit von über 40 000 Megawatt.
17. Februar 2007 Die Energy und Mineral Resources Division versucht die Zustimmung der Übergangsregierung für eine umstrittene Kohleregulierung zu erhalten. Danach könnten Firmen wie die britische Asia Energy Plc, die in Bangladesch Kohle abbauen, während der ersten zehn Jahre die doppelte Menge des Inlandverbrauchs ausführen und in den folgenden zehn Jahren noch einmal die gleiche Menge wie der Inlandverbrauch.

Experten sehen darin eine deutliche Gefährdung der Energiereserven Bangladeschs. USAID befürwortet die neue Regelung, die von der ehemaligen BNP-Regierung gestoppt wurde.

Nobelpreisträger Professor Dr. Mohammed Yunus betont die Notwendigkeit des Ausbaus von Chittagong zum Megahafen.

18. Februar 2007 Nach Angaben der Energie-Division in der Übergangsregierung erfährt Bangladesch im kommenden Sommer täglich ein Energiedefizit von 1,700 MW, rund ein Drittel des Strombedarfs. Von den täglich zur Verfügung stehenden 3500 MW werden 2000 MW von der Bevölkerung und 1500 MW von Industriebetrieben, der Straßenbeleuchtung usw. verbraucht. Die Energie-Division will bis Dezember 2007 die tägliche Energieproduktion um 958 MW erhöhen. Von den 97 Energiegewinnungsanlagen in Bangladesch sind 29 über 20 Jahre alt und 11 derzeit wegen Wartung oder Reparaturarbeiten stillgelegt.
23. Februar 2007 Das „National Committe to Protect Oil, Gas, Mineral Ressources, Power and Port kritisiert den Vorschlag von Professor Mohammed Yunus, Rechte am Chittagong-Hafen an Ausländer zu vergeben. Der Hafen sei strategisch wichtig für die USA, Indien, China und Myanmar und sollte in der Hand von Bangladesch bleiben.
24. Februar 2007 Diebstähle von Transformatoren haben sich in ländlichen Gebieten seit 2006 verdoppelt. Insgesamt wurden 7700 Transformatoren gestohlen. Mit einem Transformator werden 100 bis 200 Einwohner versorgt.
27. Februar 2007 Ein neuer Hochseehafen soll geplant werden. Chittagong wird seinen Höhepunkt im Jahr 2012 überschreiten. 80 Prozent der Außenhandels im Umfang von 18 Milliarden US-Dollar geht durch diesen Hafen.
17. März 2007 Aus der Sicht von Hua Du, Leiterin der Asia Development Bank in Bangladesch, ist keine Lösung der gegenwärtigen Energiekrise in Sicht. Bangladesch fehlen während der Spitzenzeiten täglich 1500 MW Energieleistung. Ursachen sind der mit jährlich 8,1 Prozent stark wachsende Energiebedarf sowie veraltete, schlecht gewartete und insgesamt eine zu geringe Anzahl von Kraftwerken. Kurzfristig schlägt Hua Du vor, unabhängige Energieproduzenten zu fördern, Windenergie zu nutzen, die Wartung und Auslastung der bestehenden Kraftwerke zu verbessern und die unrechtmäßige Entnahme von Strom zu unterbinden. Mehrere Behörden sind mit den Zahlungen ihrer Energierechnungen im Rückstand. Mit dem ausstehenden Betrag von 700 Crore Taka ließen sich viele der genannten Maßnahmen finanzieren. Die Energiepreise sollten den Produktions- und Distributionskosten angepasst werden, damit der Energiesektor sich nachhaltig entwickeln könne. Langfristig sollte über Energieaustauschprogramme mit den Nachbarstaaten nachgedacht werden, um den Energiebedarf zu sichern.
29. März 2007 Teilnehmer einer Podiumsdiskussion in Khulna warnen vor einem Absinken des Grundwasserspiegels aufgrund illegaler Brunnen sowie der Folgen des Farakka Damms in Indien auf die Wasserversorgung Bangladeschs. Der Wasserbedarf in Khulna beträgt 25 Millionen Gallonen pro Tag, während die Khulna City Corporation offiziell nur sechs Millionen Gallonen produziert. Die Sprecher schlagen vor, verstärkt Oberflächenwasser zu nutzen, um das Grundwasser zu entlasten. Unter ande-

rem solle die Qualität der Flüsse Moyur und Kazibachha verbessert werden, um deren Wasser für die Stadtbevölkerung zu nutzen.

30. März 2007

Eine akute Wasserknappheit herrscht in der Stadt Rajshahi, nachdem der Grundwasserspiegel deutlich abgefallen ist. Die Leistung der meisten der 50 Tiefbrunnen liegt unterhalb ihrer normalen Kapazität; hunderte weiterer Pumpen liefern kein Wasser mehr. Auch die Wasserversorgung über die Pipeline der City Corporation funktioniert nur ungenügend, da Anwohner und Fabrikbesitzer der Pipeline illegal Wasser durch das Ansetzen von Mini-Pumpen entziehen. Die Behörden denken über einen Austausch der veralteten Pumpen nach und planen, Oberflächenwasser des Padma zu nutzen, um das Grundwasser zu schonen.

Mitarbeiter des Pabna Water Development Boards geben an, dass durch die Wasserentnahme in Indien, mehrere Flüsse in Bangladesch, darunter der Padma und Jamuna, an einigen Stellen trockenfallen. Dadurch werden der Schiffsverkehr und Warentransport sowie die Bewässerung des Landes beeinträchtigt. Angeblich ist auf mehr als 500 000 Hektar Land in den Distrikten Pabna, Kushtia, Faridpur, Rajbari, Sirajganj, Jhenaidah und Magura der Anbau von Boro-Reis gefährdet. Durch das Austrocknen der Flüsse fällt der Grundwasserspiegel, so dass die Wasserpumpen vielfach nicht weiter betrieben werden können.

3. April 2007

Die Interimsregierung hebt den Preis von Brennstoffen einschließlich Diesel und Kerosin um 15 bis 22 Prozent an. Einen solchen Schritt hatten vorige Regierungen bislang gescheut. Die Regierung will den Farmern mit Ausgleichszahlungen helfen, die aber erst im Rahmen des nächsten Budgets zur Verfügung stehen. Offenbar drängte die Weltbank auf die Preiserhöhung. Es heißt, sie hat sogar einen 200 Millionen US-Dollar-Kredit davon abhängig macht.

6. April 2007

SUBASTI, eine NGO, hat mit der technischen Hilfe von Rahim Afroz Renewable Energy Solaranlagen im Upazila Barkal in Rangamati installiert. Der Einbau einer Solaranlage kostet 2500 Taka. Jedem beteiligten Haushalt werden pro Monat etwa 200 Taka für den Betrieb von vier Glühbirnen, einem Fernseher und einem Ventilator in Rechnung gestellt.

9. April 2007

Die Bewohner von Dhaka sind mit einer akuten Wasserknappheit konfrontiert. Der tägliche Bedarf beträgt 2 Milliarden Liter, dagegen kann die Dhaka Water Supply and Sewerage Authority (WASA) nur 1.6 Milliarden Liter liefern, von denen zudem ein Teil aufgrund veralteter Pipelines versickert. Außerdem führen die häufigen Stromausfälle immer wieder zum Stillstand der Wasserpumpen. Viele Menschen können ihren Wasserbedarf nur noch durch die Ausgabe an Moscheen oder illegale Brunnen stillen. Die angekündigte Versorgung durch Tankwagen scheint nicht zu funktionieren. Ein Grund für die Knappheit ist die Abhängigkeit vom Grundwasser, das dramatisch absinkt. 85 des WASA-Wassers ist Grund- und nur 15 Prozent Oberflächenwasser. Vertreter der WASA rechnen mit einer spürbaren Entspannung erst mit der Inbetriebnahme der Wasseranlagen von Sayerdabad II und Khilkhet, die eine Kapazität von insgesamt 725 Millionen Liter Wasser haben. Allerdings werden diese Projekte voraussichtlich erst in fünf bis sieben Jahren fertig gestellt sein.

13. April 2007 Die Regierung will die Effektivität von Mongla Port, des zweitgrößten Seehafens nach Chittagong, vergrößern.

Wirtschaft/Außenwirtschaft:

(siehe auch: Menschenrechte, Kinder, Verkehr, Textilindustrie)

24. November 2006 Der britische Handelsminister Ian McCartney betont bei einem Besuch in Bangladesch, dass die Korruption das größte Hindernis für Auslandsinvestitionen sei. Mit Bezug auf einen Bericht der Weltbank sagte er, Bangladesch könnte bei Eindämmung der Korruption ein Wachstum von 7 bis 8 Prozent erreichen anstelle von fünf Prozent im Durchschnitt der letzten Jahre.

23. Januar 2007 Auf dem Weltsozialforum in Nairobi wird die Europäische Union aufgefordert, arme Länder nicht länger zu zwingen, ihre Märkte zu öffnen. Die lokale Industrie werde durch diesen unfairen Wettbewerb sehr stark geschädigt.

6. Februar 2007 Die Asian Development Bank (ADB) sagt, das Vorgehen der Regierung gegen Korruption werde positive Auswirkungen auf die Wirtschaft haben.

7. Februar 2007 Friedensnobelpreisträger Prof. Mohammed Yunus möchte sich jetzt mehr auf seine neue Idee des sozialen Business konzentrieren: Sie könne die Welt verändern. Er sagt, dass wir alle den Kapitalismus als Maximierung des Profits kennen. Das wäre jedoch nur die eine Hälfte. Es gäbe auch Non-Profit-Business; dabei würden keine Gewinne entnommen und keine Dividenden ausgeschüttet. Alles würde wieder investiert, um die Firma auszuweiten. Die Lohnstruktur wäre wie bei anderen Firmen auch. In diesem Zusammenhang erwähnt Yunus das Joint Venture zwischen Grameen und Danone, ein Beispiel für ein solches Unternehmen. Er spricht sich dafür aus, einen extra Wertpapiermarkt für social Business einzurichten. Zum Thema Mikrokredite sagte Yunus der Zeitung „New Age“, dass 80 Prozent der Haushalte in Bangladesch mit Mikrokrediten arbeiten. Bis zum Jahr 2010 soll dies auf 100 Prozent ausgeweitet werden.

13. Februar 2007 Die IT-Jobs in Bangladesch haben im Jahr 2006 um 25 Prozent zugenommen. Der Umsatz erhöhte sich um 50 Prozent auf 150 Millionen US-Dollar. Verglichen mit Nachbarländern wie Indien ist die Branche allerdings sehr klein.

18. Februar 2007 Die Bangladesh Bank wird jetzt Regeln für islamische Banken erstellen. Sie sollen sich mehr an deutschen und japanischen als an anglo-amerikanischen Modellen orientieren. Zurzeit gibt es über 300 islamische Banken in der Welt.

18. März 2007 Die Preise für Lebensmittel sind sehr stark gestiegen – zwischen 4 und 71 Prozent. Zum Teil hat dieser Anstieg seine Ursache darin, dass manche Lebensmittel horten.

27. März 2007 Für Bangladesch prognostiziert die Asian Development Bank ein Wachstum von 7 Prozent im nächsten Haushaltsjahr verglichen mit 6,5

Prozent in diesem Jahr. Bemängelt werden die unzureichende Infrastruktur (Straßen, Hafen von Chittagong) und fehlende Anreize für ausländische Direktinvestitionen. Die Inflation könnte von 7,2 auf 7 Prozent im aktuellen und 6 Prozent im kommenden Haushaltsjahr 2007/08 sinken. Südasien wird voraussichtlich 2007 um sieben und 2008 um acht Prozent wachsen.

29. März 2007 Deutsche Ermittler durchsuchen mehrere Fleischereibetriebe in Beckeln, Diepholz und Belm sowie Wohnungen der Geschäftsführer wegen des Verdachts illegaler Tiermehltransporte. Auch gegen Leiter verschiedener Veterinärämter der Region wird ermittelt. Nach Informationen von Food Watch sollen die betroffenen Betriebe in den Jahren 2004 und 2005 etwa 80 000 Tiermehl widerrechtlich u.a. nach Bangladesch exportiert haben.
30. März 2007 Thailändische Unternehmen betrachten Bangladesch als erste Wahl, um arbeitsintensive Produktion auszulagern – besonders im Bereich der Textil- und Lebensmittelindustrie. Niedrige Löhne und geringe Infrastrukturkosten sind Argumente für Verlagerungen.
1. April 2006 Die Bangladesh Rifles (BDR) richten auf Anordnung der Interimsregierung offene Märkte ein, auf denen Lebensmittel zu geringeren Preisen verkauft werden, weil sie direkt von den Erzeugern kommen.
20. April 2007 Hauptausfuhrprodukte von Bangladesch waren 2006 Kleidungsstücke, Fisch, Jutewaren und Lederprodukte. Die wichtigsten Exportländer waren USA, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien. Importe kam in erster Linie aus Indien, China, Singapur, Kuwait und Japan. (www.asien-auf-einen-blick.de)

Goldman Sachs setzt mit dem Investmentzertifikat Next-11 auf die Herausforderer unter den Emerging Markets. Dazu zählt auch Bangladesch. „Während die Bevölkerungen in Westeuropa und Japan altern, hat das Gros dieser Emerging Markets recht junge Einwohner. Die wachsenden Einwohnerzahlen können den Volkswirtschaften einen zusätzlichen Schub verleihen – vor allem, wenn es gelingt, die Ausbildungsniveaus anzuheben.“, so Goldman Sachs.

Textilindustrie:

- November Die Textilarbeiter Bangladeschs protestieren seit Frühjahr 2006 für einen höheren Mindestlohn und bessere Arbeitsbedingungen. Anfang Oktober haben sich Unternehmen und Arbeitnehmervertreter auf einen höheren Mindestlohn geeinigt – 19 Euro statt 11 Euro im Monat. Der bisherige Mindestlohn galt seit 1994 unverändert. Die Gewerkschaften hatten eine Erhöhung auf 35 Euro gefordert. Nach Aussagen eines Vertreters der Textilindustrie ist es für die meisten Firmen schwierig, den neuen Mindestlohn zu zahlen. Arbeitnehmervertreter beklagen, dass sie wegen ihrer schwachen Verhandlungsposition diesen schlechten Kompromiss annehmen mussten. Garments Sramik Sangram Parishad, eine Vereinigung von elf Textilarbeiter-Organisationen, lehnt den Kompromiss als „Betrug an den Arbeitern“ ab. Er sei eine Farce, weil Arbeiter in Staatsunternehmen mindestens 28 Euro verdienen. Auch nach dem Kompromiss kam es wieder zu Protesten und Unruhen. Etwa 1,8 Millionen Menschen, überwiegend Frauen,

arbeiten in der Textilindustrie in Bangladesch. Die meisten Textilien werden nach Europa und USA exportiert.

28. November 2006 Indien schlägt Bangladesch ein Abkommen für den zollfreien Export von Produkten der Bekleidungsindustrie vor. Seit dem 1. Juli 2006 erlaubt ein SAFTA-Abkommen Bangladesch den zollfreien Export von sechs Millionen Kleidungsstücken nach Indien.
10. Januar 2007 Die meisten Textilunternehmen zahlen nach einem Bericht der Zeitung „New Age“ die neuen Mindestlöhne nicht. Die übliche Ausrede lautet, dass dies wegen der politischen Unruhen nicht möglich sei.
30. Januar 2007 Die Interimsregierung fordert die Textilunternehmen auf, die monatlichen Mindestlöhne ab 1. Februar zu zahlen. Dies ist das erste Mal, dass eine Regierung diesbezüglich aktiv wird. Auch der US-Senat diskutiert über das Thema und begrüßt den neuen Minimallohn.
7. Februar 2007 Vertreter der Textilindustrie (BGMEA) sagen, dass 60 Prozent der Firmen ihren Arbeitern die vereinbarten Mindestlöhne zahlen, der Rest nicht. In den Exportzonen sind die Löhne in der Regel höher.
11. Februar 2007 In Dhaka stirbt ein Textilarbeiter im Krankenhaus. Er ist einer von vieren, die in der Fabrik geschlagen worden waren, weil sie sich dafür einsetzten, dass den Arbeitern das versprochene Geld für Überstunden gezahlt wird. Als sich die Nachricht vom Tod des Arbeiters verbreitet, kommt es zu Demonstrationen.
10. April 2007 Die Clean Clothes Campaign (CCC) richtet einen Entschädigungsfonds für Arbeiter und ihre Angehörigen ein, die von dem Unfall in der Textilfabrik Spektrum betroffen waren. Bisläng wurden 63 000 US-Dollar gespendet. Der französische Einzelhandelskonzern Carrefour, der dort produzieren ließ, hat jedoch nichts gespendet.
<http://www.cleanclothes.org/urgent/07-04-10-spectrum.htm9>

Außenpolitik:

11. Januar 2007 Die EU-Kommission wird die in Bangladesch für den 22. Januar geplanten Parlamentswahlen nicht beobachten. Die bereits vor Ort befindlichen Wahlbeobachter seien abgezogen worden, sagte EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner in Brüssel. Bereits am Vortag hatten die Vereinten Nationen ihr Koordinationsbüro für Wahlhelfer in Dhaka geschlossen. Die EU reagierte damit auf die anhaltenden Unruhen in Bangladesch. Stefan Frowein, Leiter der EU-Delegation in Dhaka, erklärt: „Ich bin sehr enttäuscht, dass sich die großen Parteien nicht auf einen Weg zu freien und demokratischen Wahlen einigen konnten.“
29. März 2007 Iftekhar Ahmed Chowdhury, Berater des bangladeschischen Außenministeriums, begrüßt die Bewerbung Irans um einen Beobachterposten bei den SAARC-Ländern. Bangladesch möchte sich beim SAARC-Treffen für die Bekämpfung der Armut, Empowerment von Frauen, Verbesserung der Bildung sowie des Gesundheitssektors einschließlich Bekämpfung von HIV und Vogelgrippe einsetzen.

31. März 2007 Beim Treffen des ständigen SAARC-Komitees beschließen die Außenminister, in die Handelsvereinbarungen auch Dienstleistungen einzuschließen. Eine Südasien-Universität mit Hauptstelle in New Delhi soll gegründet und eine regionale Nahrungsbank eingerichtet werden. Iran erhält den Beobachterstatus.
- 3./4. April 2007 Beim SAARC-Treffen, bei dem Afghanistan nun vollwertiges Mitglied ist, kündigt der indische Premierminister Manmohan Singh einen zollfreien Zugang von Produkten aus weniger entwickelten Ländern in Südasien nach Indien zum Ende des Jahres an. Zu den Ländern gehören Bangladesch, Bhutan, Nepal und die Malediven. Indien will auch die Visa-Bedingungen für Studenten, Lehrer, Professoren, Journalisten und Patienten aus SAARC-Ländern liberalisieren. Die Gründung der Südasien-Universität, die Einrichtung einer Nahrungsbank und ein Programm zur Bekämpfung des Terrorismus werden verabschiedet.
7. April 2007 Im Dezember lebten in den Vereinigten Arabischen Emiraten 502 842 bangladeschische Migranten, 16 000 davon illegal. Die Behörden hatten die bangladeschische Regierung aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um sie zurückzuholen. Jetzt kündigen sie drastische Maßnahmen wie die Deportation an.
15. Mai 2007 Eine Gruppe von US-Senatoren, darunter Hillary Clinton, John Kerry, Joseph Lieberman und Edward Kennedy, fordert die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bangladesch sowie baldige Neuwahlen.

Bangladesch und Indien:

(siehe auch: Kultur)

14. Januar 2007 An der Grenze von Nitpur im Porsha Upazila wird ein Bangladeschi mutmaßlich von indischen Grenzposten erschossen, drei weitere werden verletzt. Es kommt zu einem Feuergefecht zwischen indischen und bangladeschischen Grenzposten. Im Tentulia Upazila werden Dörfer von indischen Grenzposten beschossen. Viele Einwohner fliehen. Es wird jedoch niemand verletzt.
15. Januar 2007 Nach einem Bericht in der Zeitung „New Age“ sind im Jahr 2006 insgesamt zehn Bangladeschis von der indischen Border Security Force an der Grenze bei Roumari und Rajibpur im Kurigram-Distrikt erschossen worden. 22 weitere Bangladeschis wurden von den Grenzsoldaten verhaftet und in indische Gefängnisse gesteckt. Die Soldaten werden von Seiten Bangladeschs beschuldigt, selbst mindestens 30 Mal die Grenze illegal überschritten und 70 Stück Vieh geraubt zu haben.
17. Februar 2007 An der Grenze in Agrovolat eröffnen indische Grenzsoldaten das Feuer auf einen Trupp Bangladesh Rifles. Das Feuer wird erwidert. Es wird jedoch niemand verletzt.
19. Februar 2007 Der indische Außenminister Pranab Mukherjee und der Vorsitzende der bangladeschischen Übergangsregierung, Fakhrudin Ahmed, vereinbaren, gemeinsam den Terrorismus zu bekämpfen. Der Beschluss fällt zu dem Zeitpunkt, da bei einem Anschlag auf einen Zug, der zwischen Pakistan und Indien pendelt, 65 Menschen getötet wurden.

24. Februar 2007 Bei einem Treffen des SAFTA-Komitees in Kathmandu äußern der bangladeschische Finanzberater AB Mirza M Azizul Islam und der indische Handelsminister die Absicht, den bilateralen Handel auszubauen.
4. März 2007 Indien und Bangladesch wollen beim Kampf gegen den Terrorismus künftig zusammenarbeiten. Dies ist das Ergebnis viertägiger Beratungen zwischen Major Shakil Ahmed, Generaldirektor der Bangladesh Rifles, und A.K. Mitra, dem Chef der indischen Grenztruppen.
29. März 2007 Indien und Bangladesch beschließen prinzipiell die Einführung einer Zugverbindung zwischen Joydevpur in Bangladesch und Shialada in Indien. Diese soll am 14. April starten und versuchsweise zunächst bis 2010 laufen.
8. April 2007 Ein 23 jähriger Bauer wird an der Grenze bei Chakmabosti im Ranisonsoil Upazila mutmaßlich von indischen Grenzschützern erschossen.

Biharis:

26. Januar 2007 Die Biharis drängen die Regierung, ihre Lager nicht zu räumen. Der Generalsekretär des Stranded Pakistanis General Repatriation Committee meint, dass entgegen Anordnungen von Regierung und High Court die Gefahr von Räumungen in Mirpur (Dhaka), Badargan (Rangpur), SB Nagar (Chittagong) und anderswo bestehe. Seit 35 Jahren leben die 250 000 Biharis in 66 Lagern in Bangladesch.

Rohingyas:

28. Januar 2007 Die Bangladesh Rifles Grenztruppen haben ihre Patrouillen an der Grenze zu Myanmar intensiviert, um Grenzüberschreitungen durch Rohingya-Flüchtlinge aus dem Nachbarland zu verhindern. Eindringende Rohingya werden Berichten zufolge inhaftiert. Zwei Wochen zuvor war ein Notstand erklärt worden. Moslemische Rohingya sollen in Lagern am Flusse Naf warten und den Grenzübertritt versuchen, da sie „kommunale Störungen“ in Arakan fürchten.
8. März 2007 Mitglieder der „Women’s League of Burma“ protestieren gegen Menschenrechtsverletzungen in ihrem Land.

Bangladeschis im Ausland:

11. Januar 2007 Im vergangenen Jahr haben 400 000 Bangladeschis das Land verlassen, um im Ausland zu arbeiten.
21. Januar 2007 Für die Anwerbung von bangladeschischen Arbeitern nach Malaysia müssen die Rekrutierungsagenturen eine illegale Gebühr von 105 000 Taka an malaysische Mittelsmänner bezahlen. Dies verdoppelt die Kosten für die Arbeitsplätze und die Arbeitssuchenden. Beamte des verantwortlichen Ministeriums sagen, sie könnten auf Grund mangelnder Beweise nichts unternehmen. Nach zehnjähriger Unterbrechung sollen in einer ersten Phase 28 000 neue Arbeitsmigranten nach Malaysia einreisen dürfen. Zum jetzigen Zeitpunkt sind es 10 000.

14. Februar 2007 Nach Angaben des Außenministeriums will Malaysia 105 000 bangladeschische Arbeiter anwerben. Die Entsendung habe bereits begonnen. Derzeit sind 300 000 Bangladeschis in Malaysia. In den vergangenen Jahren überwiesen die bangladeschischen Arbeiterinnen und Arbeiter fünf Milliarden US-Dollar in ihr Heimatland. Das ist mehr als doppelt so viel wie die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit.
18. April 2007 Etwa 16 000 Arbeitskräfte bangladeschischer Herkunft leben illegal in den Arabischen Emiraten.

Flüchtlinge aus Bangladesch:

7. Februar 2007 Vor der Küste Afrikas sitzt ein Schiff mit 200 Flüchtlingen aus Süd-asien, darunter viele aus Bangladesch, seit Tagen mit Motorschaden fest. Spanien, Mauretanien und der Senegal verweigern die Aufnahme. Das Rote Kreuz versorgt die Menschen mit Wasser und Lebensmitteln.

Militär:

(siehe auch: Innenpolitik)

10. Dezember 2006 17 000 Armeeeingehörige werden landesweit in Schlüsselstellungen positioniert, nachdem der Staatspräsident Prof. Ahmed dies zur Hilfe für die Zivilverwaltung und zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung entschieden hat. Etwa zu der Zeit endet das Moratorium der AL-geführten 14-Parteien-Allianz, der Präsident solle das Amt des Chief Adviser aufgeben, sonst würde sein Amtssitz belagert.
6. Januar 2007 Einheiten von Polizei, RAB, Ansars und BDR-Grenzschutz werden in der Hauptstadt eingesetzt, um Recht und Ordnung während eines Streiks der AL-geführten 14-Parteien-Allianz zu gewährleisten. Weitere Armeeeinheiten neben den bereits eingesetzten werden zu ihrer Unterstützung eingesetzt.
10. Januar 2007 Die Übergangsregierung mobilisiert 60 000 Soldaten zur Sicherung der bevorstehenden Parlamentswahlen. Die Armee wird bevollmächtigt, während 20 Tage vor den Wahlen Verhaftungen ohne Haftbefehl durchzuführen. Der Armeeeinsatz erfolgt nach §§ 7, 10 der Defence Ministry provision in aid of civil administration and Representative of People's Order (RPO).
20. Januar 2007 Die AL drängt die Armee, „unschuldige Parteiaktivisten“ nicht zu verfolgen. Es sehe so aus, als würde die Übergangsregierung ihre Aktion gegen Terroristen auf der Basis einer Liste ausführen, die vorbereitet worden sei von der vergangenen BNP-Jamaat-Regierung.
1. Februar 2007 Rear Admiral Sarwar Jahan Nizam wird neuer Marinechef.
8. Februar 2007 Der Armeechef bestreitet kategorisch jegliche Absicht der Armee, die Macht zu übernehmen. Man unterstütze die Übergangsregierung, um das Land auf die richtige Spur zurückzubringen.
9. Februar 2007 Ein bangladeschischer Blauhelmsoldat, Gefreiter M Shahabuddin, wird bei einem Unfall im Kongo getötet.

17. Februar 2007 Die Armee erklärt sich bereit, Wählerlisten, Wahlausweise oder nationale Ausweise binnen Jahresfrist zu erstellen.
24. April 2007 Die paramilitärischen Bangladesch Rifles verkaufen in Dhaka verbilligten Reis. Damit will die Notstandsregierung Druck auf überhöhte Preise für Grundnahrungsmittel ausüben.

Entwicklungszusammenarbeit/Weltbank/Internationale Organisationen:

(siehe auch: Menschenrechte)

22. Januar 2007 Auf einem Seminar in Rajshana City „Making Multilateral Trade Work für the Poor“ fordern die Teilnehmer, die ärmsten Staaten (LDCs) sollten vollen Zugang zum Landwirtschafts- und Arbeitsmarkt der reichen Länder erhalten. Die nationale Landwirtschaft und die Lebensmittelindustrie müssten sich entwickeln, um Autarkie zu erlangen. Organisatoren des Seminars sind das Barendra Unnayan Forum, die Frauenrechtsorganisation Karmajibi Nari, das Bangladesh Gender und Trade Network, das von der Europäischen Union unterstützt wird.
24. Januar 2007 UNICEF und das Department for International Development werden ein Programm speziell für die Ärmsten unterstützen, das für ganzjährig sauberes Wasser, sanitäre Einrichtungen und Hygieneerziehung sorgen soll. Ca. 5,1 Millionen Menschen werden davon profitieren. Nahezu 100 Kinder sterben täglich in Bangladesch durch Krankheiten, die mit Diarrhoea in Beziehung stehen.
16. Februar 2007 Bangladesch kann nach einem Bericht der Weltbank nahezu alle Millennium Development Goals (MDGs) einschließlich der besonders schweren wie Reduktion der Müttersterblichkeit und Mangelernährung von Kindern erreichen – vorausgesetzt, dass Verantwortlichkeit und Transparenz verbessert werden. Notwendig sei allerdings ein neuer strategischer Ansatz für das wachsende Problem der städtischen Armen; sonst werden die MDG erheblich beeinträchtigt.
21. Februar 2007 Die Weltbank begrüßt das Vorgehen der Regierung gegen Kriminalität. Die Politik der Bank sei es, den Gesundheits- und Bildungsbereich zu unterstützen sowie makroökonomische Stabilität zu erreichen.
28. März 2007 Ein Team der Weltbank fordert in einem Gespräch mit Vertretern der Interimsregierung diese auf, sofort den Energiepreis dem Marktpreis anzupassen, Dies sei wichtig, um die nächste Zahlung des Development Support Credit im Umfang von 200 Millionen US-Dollar zu erhalten. Dieser Kredit dient der Budgetunterstützung.
3. April 2007 Die Bangladeschis seien Opfer der Globalisierung, indem traditionelle Industrien durch IWF, Weltbank und Asian Development Bank zerstört würden, so die Meinung auf dem Workshop „Globalisation and Livelihood“, organisiert unter anderem von Action Aid Bangladesh.
13. April 2007 Oxfam fordert quoten- und zollfreien Zugang der LDCs zu den USA. Davon würden sowohl die USA als auch die LDCs profitieren. Außerdem fordert Oxfam den uneingeschränkten Zugang aller LDCs

zu den Märkten der entwickelten Länder – unabhängig vom Ausgang der Doha-Runde.

18. April 2007 Microsoft-Gründer Bill Gates präsentiert in Peking im Beisein von Friedensnobelpreisträger Mohammad Yunus aus Bangladesch seinen Plan, die weltweite Verbreitung von Computern zu fördern. Regierungen in Entwicklungsländern, die ihren Schulen freie Computer zur Verfügung stellen, erhalten von Microsoft verbilligte Software.
19. April 2007 Der IWF begrüßt die kürzlich erfolgte Preissteigerung im Energiebereich und fordert die Regierung auf, im kommenden Budget Ausgleichsmaßnahmen für die Armen zu beschließen. Die Regierung solle Maßnahmen gegen die Inflation ergreifen.

Deutsch-Bangladeschische Beziehungen:

23. Februar 2007 Auf Einladung der Handelskammer Hamburg diskutiert Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus mit dem Hamburger Universitätslehrer Rainer Tetzlaff, dem CDU-Politiker Winfried Pinger, Sujid Chowdhury vom Verein Afrikanisch-Asiatische Studienförderung und Nancy Wimmer, Direktorin von Microfinance and Renewable Energy.
24. März 2007 Auf der Leipziger Buchmesse ist der Fotograf Akash aus Bangladesch Gast am Messestand des Medienmagazins Berliner Journalisten. Akash wird von Islamisten bedroht, seit er ein Foto mit einem jungen Koranschüler in Ketten veröffentlicht hat. Akash lebt auf Einladung der Stiftung für politische Flüchtlinge in Hamburg.
10. April 2007 Der deutsche KarstadtQuelle-Konzern zahlt 100 000 Euro in einen Fonds, mit dem Arbeiter einer Textilfabrik in Savar entschädigt werden sollen, die bei dem Einsturz des Gebäudes am 11. April 2005 verletzt oder arbeitslos wurden. Damals kamen 64 Arbeiter ums Leben. Insgesamt soll der Fonds mit 533 000 Euro gefüttert werden. Die Textilkette Zara zahlte 60 000 Euro ein.
9. Mail 2007 Friedensnobelpreisträger Prof. Mohammad Yunus fordert auf dem Deutschen Sparkassentag in Bochum ein Menschenrecht auf Kredit. Auch ein Bettler müsse ein Darlehen erhalten, wenn das Projekt, das er vortrage, aussichtsreich sei.

Und sonst noch....:

7. April 2007 Bei der Cricket-Weltmeisterschaft schlägt das junge Team von Bangladesch überraschend den großen Favoriten Südafrika. Zuvor hatte die Mannschaft unter anderem bereits zum Jubel des ganzen Landes den großen Nachbarn Indien besiegt. Später unterliegt Bangladesch allerdings der Mannschaft von Irland.

Anmerkung:

- Die Chronik erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Meldungen sind vor allem bangladeschischen und internationalen Zeitungen sowie Berichten verschiedener Organisationen entnommen.